Die kathol. Presse Südwestdeutschlands

und die

Begründung des Deutschen Reiches

1866—1872

R. UNIV. BIBLIOTHEEK LEIDEN

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

Philosophischen Fakultät

der

Kaiser-Wilhelms-Universität zu Straßburg

vorgelegt von

Josef Weber

aus Gosheim (Württemberg)

Straßburg i. E.
Buchdruckerei C. & J. Goeller, Magdalenengasse 16
1918

Mit Erlaubnis der Fakultät gelangt hier nur ein Teil zum Abdruck. Die ganze Arbeit erscheint als Band XVII der Straßburger Beiträge zur neueren Geschichte, herausgegeben von Prof. Dr. Martin Spahn.

Genehmigt von der Fakultät am 1. August 1917.

Einleitung

Der Kampf zwischen Preußen und Österreich um die Vorherrschaft in Deutschland war mit der Schlacht bei Königgrätz vom 3. Juli 1866 entschieden. Österreich mußte für immer aus Deutschland ausscheiden. Der Norden Deutschlands einigte sich unter Preußens Führung im sogenannten Norddeutschen Bund. Dem Süden wurde das Recht der Bildung eines unabhängigen Südbundes zugestanden. Allgemein erkannte man in Süddeutschland, daß schließlich auch Süddeutschland Preußens Führung sich anvertrauen oder, wie das Wort hieß „preußisch werden" müsse. Aber fast ebenso allgemein war die Abneigung dagegen. Wiederum lebte daher der Streit zwischen Großdeutschen und Kleindeutschen, Unitariern und Föderalisten auf. Kampf, heißer, hartnäckiger Kampf war der Inhalt der folgenden Jahre. Einen nicht unbeträchtlichen Anteil daran nahmen die Katholiken Südwestdeutschlands.

Die vorliegende Darstellung will diesen Anteil nicht in seiner ganzen Ausdehnung untersuchen. Sie beschränkt sich darauf, die Haltung der katholischen Zeitungen zu kennzeichnen. Die Leidenschaft der politischen Gegensätze von 1866—1871 blieb nicht ohne Einfluß auf den Ausbruch des Kulturkampfes. Insofern mag die Arbeit auch als Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Kulturkampfes gelten.

In Betracht kommen vor allem die beiden in Hessen erschienenen Blätter, das Mainzer Journal und das Katholische Volksblatt. Mainz

Mit Erlaubnis der Fakultät gelangt hier nur ein Teil zum Abdruck. Die ganze Arbeit erscheint als Band XVII der Straßburger Beiträge zur neueren Geschichte, herausgegeben von Prof. Dr. Martin Spahn.

Genehmigt von der Fakultät am 1. August 1917.

Einleitung

Der Kampf zwischen Preußen und Österreich um die Vorherrschaft in Deutschland war mit der Schlacht bei Königgrätz vom 3. Juli 1866 entschieden. Österreich mußte für immer aus Deutschland ausscheiden. Der Norden Deutschlands einigte sich unter Preußens Führung im sogenannten Norddeutschen Bund. Dem Süden wurde das Recht der Bildung eines unabhängigen Südbundes zugestanden. Allgemein erkannte man in Süddeutschland, daß schließlich auch Süddeutschland Preußens Führung sich anvertrauen oder, wie das Wort hieß „preußisch werden" müsse. Aber fast ebenso allgemein war die Abneigung dagegen. Wiederum lebte daher der Streit zwischen Großdeutschen und Kleindeutschen, Unitariern und Föderalisten auf. Kampf, heißer, hartnäckiger Kampf war der Inhalt der folgenden Jahre. Einen nicht unbeträchtlichen Anteil daran nahmen die Katholiken Südwestdeutschlands.

Die vorliegende Darstellung will diesen Anteil nicht in seiner ganzen Ausdehnung untersuchen. Sie beschränkt sich darauf, die Haltung der katholischen Zeitungen zu kennzeichnen. Die Leidenschaft der politischen Gegensätze von 1866—1871 blieb nicht ohne Einfluß auf den Ausbruch des Kulturkampfes. Insofern mag die Arbeit auch als Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Kulturkampfes gelten.

In Betracht kommen vor allem die beiden in Hessen erschienenen Blätter, das Mainzer Journal und das Katholische Volksblatt. Mainz

war der Ausgangs- und Mittelpunkt der ganzen katholischen Bewegung des 19. Jahrhunderts in Deutschland. Die bestimmende Persönlichkeit des Mainzer Kreises war bis zu seinem Tode im Jahre 1866 der streng klerikal gesinnte Domherr Lennig[1]. Er bemühte sich, „ein große ganz Deutschland umfassende Volksassoziation ins Leben zu rufen und dadurch der katholischen Überzeugung und dem katholischen Volk die ihm gebührende Stellung im öffentlichen Leben wieder zu erobern" und gründete zu diesem Zweck in Verein mit dem früheren Gießener Theologieprofessor Riffel im Jahre 1848 den „Piusverein"[2]. Da er wohl wußte, welche große Bedeutung im öffentlichen Leben der Presse zukommt, ließ sich Lennig auch die Gründung einer katholischen Zeitung angelegen sein, welche nicht nur ein lokales Blatt, sondern das Organ der mitteldeutschen und womöglich der deutschen Katholiken überhaupt werden sollte[3]. Das war die Ursache der ebenfalls im Jahre 184[illegible] erfolgten Gründung des „Mainzer Journals", das unter der Leitung von Franz Sausen[4] bald eine größere Verbreitung und auch in diplomatischen Kreisen Beachtung fand[5]. Bismarck erwähnt es wiederholt in seinen Gesandtschaftsberichten aus Frankfurt und beschwert sich über seine antipreußische und österreichische Haltung[6]. Andreas Niedermayer meint im Jahr 1861, das Mainzer Journal sei das „geographisch wohl am weitesten verbreitete Blatt im katholischen Deutschland"[7]. Nach Leo Wörl[8] wurde das Blatt in den drei Provinzen Hessens, in

---

[1] Siehe darüber Schnütgen: Das Elsaß und die Erneuerung des katholischen Lebens in Deutschland von 1814—1848 (Bd. 6 d. Straßb. Beitr. zur neueren Geschichte) S. 17 u. 23 ff. Lennigs Vorläufer war Andreas Räß, der spätere Bischof von Straßburg. Siehe auch L. Bergsträsser: Studien zur Vorgeschichte der Zentrumspartei S. 117 f. u. 126 f.

[2] Siehe Friedrich: Geschichte des vatikanischen Konzils, 1. Bd. S. 257 und K. Bachem: J. Bachem, 2. Bd. S. 136—143 u. S. 161.

[3] Mitteilung des Hrn. Meister in Freiburg i. B.

[4] Geb. am 23. Jan. 1810 in Mainz, gest. am 31. Mai 1866 ebenda.

[5] Siehe K. Bachem: J. Bachem, 2. Bd. S. 156 u. 161.

[6] Siehe Poschinger: Bismarck und der Bundestag, S. 28 u. 138.

[7] Siehe den Artikel von Löffler im „Aar" 1912, 4. Heft S. 501: „Aus der älteren Geschichte des katholischen Zeitungswesens" u. Andreas Niedermayer anonym erschienene Schrift: „Die katholische Presse Deutschlands" S. 22.

[8] Leo Wörl: „Publizistik der Gegenwart" 1. Heft: Die Presseverhältnisse in Hessen und Baden, S. 7 ff.

Nassau, Baden, Württemberg, Bayern und Elsaß-Lothringen gelesen. Im Jahre 1866 verlor das Blatt gleichzeitig mit seinem Gründer und Gönner Lennig seinen Chefredakteur Sausen durch den Tod.

Neben dem Mainzer Journal hatte auch das im Jahr 1857 gegründete Mainzer „Katholische Volksblatt", das sogenannte „Mainzer Blättchen", in Hessen und weit darüber hinaus große Bedeutung erlangt. Als populär geschriebenes Sonntagsblatt war ihm eine Auflage wie wenig andern katholischen Blätter beschieden [1]. Am meisten gelesen wurde es in Hessen, Baden, Nassau, Rheinhessen, dem fränkischen Bezirk Aschaffenburg und an der württembergischen Grenze. Was dieses Blatt sagte, galt den Leuten als „untrügliches Wort", auf das sie felsenfest bauten [2].

Der bedeutendste katholische Politiker Hessens war ohne Zweifel der Mainzer Bischof, Freiherr Wilhelm Emanuel v. Ketteler (1811 bis 1877), selber. Von hervorragenden Geistesgaben, eiserner Energie, großer Beredtsamkeit und unbestechlicher Wahrheitsliebe trat er schon in verhältnismäßig jungen Jahren ins politische Leben und Treiben ein [3]. Schon früh zeigte sich, daß er sich in seinem ganzen politischen Denken nur von streng religiösen und konservativen Grundsätzen leiten ließ. In staatspolitischer Hinsicht war er bis zum Jahre 1866 ein treuer Anhänger der großdeutschen Idee. Als aber in diesem Jahre die Würfel gegen das großdeutsche Ideal fielen, zog er entschlossen die Folgerung und suchte in seinem im Jahre 1867 herausgegebenen Buch „Deutschland nach dem Kriege von 1866" die deutschen Katholiken zum ehrlichen Übertritt auf den neuen Staatsboden zu bewegen. In kirchenpolitischer Hinsicht war er unermüdlich um die Freiheit und die Rechte der ihm anvertrauten Kirche besorgt. Sein Lieblingsgedanke war die Erhaltung und Übertragung der die Freiheit der Kirche gewährleistenden preußischen Verfassungsbestimmungen auf die Preußen sich anschließenden Staaten [4]. Zur Erreichung dieses Zieles ließ er sich

---

[1] Nach Niedermayer, S. 34, wurde das „Mainzer Blättchen" im Jahre 1861 in 25 000, nach Leo Wörls „Publizistik der Gegenwart", Heft 1 S. 7 ff., im Jahre 1881 in 35 000 Expemplaren ausgegeben.

[2] Siehe Leo Wörl a. a. O. S. 13—15.

[3] Siehe Pfülf: Ketteler 3 Bde.

[4] Siehe Ketteler: Deutschland nach dem Kriege von 1866, S. 119 und Pfülf: Ketteler 3. Bd. S. 160.

im Jahre 1871 sogar für den 14. Reichstagswahlkreis in den ersten deutschen Reichstag wählen [1].

In der ersten und zweiten hessischen Kammer vertraten Moufang und Seitz die Interessen der Katholiken. Beide gehörten der großdeutschen Richtung an [2]. Eine größere politische Rolle spielte aber keiner von beiden.

In Württemberg waren die Katholiken in ein großdeutsch-demokratisches und ein großdeutsch-konservatives Lager gespalten. Doch zählte die demokratische Richtung mehr Anhänger als die konservative. Der Führer der ersteren war Probst, der letzteren der Obertribunalrat Wiest [3]. Der bedeutendere war Rudolf Probst (1817—1899). Von Haus aus Jurist, beschäftigte er sich schon in jungen Jahren mit Politik und trat, um politische Wahlreisen unternehmen und für den Bezirk Biberach ein Mandat für den württembergischen Landtag annehmen zu können, im Jahre 1849 aus dem Staatsdienst aus. Diesen Bezirk vertrat er in der württembergischen Abgeordnetenkammer volle 45 Jahre. Inzwischen bereits eine politische Größe geworden, wurde er im Jahre 1868 für den zweiten Wahlkreis Saulgau-Riedlingen-Ehingen auch in das Zollparlament gewählt. Von 1871—1873 vertrat er sodann im deutschen Reichstag den 17. Wahlkreis Ravensburg-Riedlingen-Saulgau-Tettnang und wurde dort Mitbegründer der Zentrumsfraktion und Mitunterzeichner des kurzen ersten Programms, das die Fraktion ausgab [4]. In seinem politischen Auftreten befliß er sich stets der Ruhe,

---

[1] So bezeugt er in „Die Zentrumsfraktion auf dem ersten deutschen Reichstag" S. 148 selbst.

[2] Siehe Vogt: Die hessische Politik in der Zeit der Reichsgründung 1863 bis 1871, S. 189.

[3] Siehe Rapp: Die Württemberger u. d. nationale Frage 1863—71, S. 49.

[4] Siehe Probst, ein kath. Mann S. 6. Den Grund für seinen Anschluß an die Zentrumsfraktion gibt er selber einmal in einem offenen Brief „an einen Freund im Oberland" an: „In dieser Zeit, wo das deutsche Kaisertum als der Hort des Protestantismus bejubelt, wo uns angesonnen wird, die kath. Kirche zu einer Nationalkirche zu gestalten, da gilt es auch seinen Katholizismus zu bekennen, wie ich es getan habe, und diese Seite der Sache konnte mich nicht abhalten, dem Zentrum beizutreten, das mir übrigens in politischer Beziehung meine freiesten Ansichten läßt und ganz allein meiner Stellung zu dem neuen Reiche Ausdruck gestattet". Siehe: D. V. Nr. 96 v. 27. 4. 71 Leitartikel (ohne Zeichen): Aus dem Reichstag.

Vornehmheit und Sachlichkeit, in der Polemik der Feinheit. Sein ganzes Wesen war überaus gewinnend, was viel zu dem großen Einfluß, den er überall erwarb, beitrug. Seine Sachkunde, besonders in Rechtsfragen, und seine intelligente, sichere und taktvolle Behandlung der parlamentarischen Geschäfte machte ihn zum Mitglied vieler Kommissionen und zum vielbegehrten Berichterstatter.

Der Tübinger Kirchenhistoriker und nachmalige Rottenburger Bischof Hefele spielte in den Jahren 1866—1870 noch keine politische Rolle. Er war wohl großdeutsch gesinnt und ein Freund des ebenfalls großdeutsch gesinnten Albert Schäffle, griff aber nie öffentlich in die Politik ein[1]. Dagegen übte er unter der Hand einen erheblichen Einfluß auf das „Deutsche Volksblatt" aus.

Das „Deutsche Volksblatt" war das Hauptpreßorgan der württembergischen Katholiken. Gegründet hatte es im Jahre 1848 der spätere Jesuit Dr. Florian Rieß. Seiner politischen Richtung nach war es mehr großdeutsch-konservativ als demokratisch gehalten, doch verschloß es seine Spalten auch nicht den Anhängern der demokratischen Richtung. Gelesen wurde das Blatt weniger vom gewöhnlichen Volke als in den gebildeten Kreisen. Bereits auf der 2. Versammlung des „Katholischen Vereins Deutschlands" in Breslau vom 9.—12. Mai 1849 wurde das „Deutsche Volksblatt" zu den „besten politischen Blättern und Tageszeitungen" gezählt[2].

Neben dem Deutschen Volksblatt besaßen die Katholiken Württembergs in dem „Katholischen Sonntagsblatt" ein viel und gern gelesenes Blatt. Als für das gewöhnliche Volk geschriebenes Blatt vertrat es mehr als das Deutsche Volksblatt die Ansichten des Volkes, wenngleich auch in ihm die vorgeschritten demokratische Denkart eines Probst nicht beherrschend zu Tage tritt.

Am meisten Fühlung mit ihrer Presse hatten die katholischen Politiker Badens. Es waren dies der Heidelberger Kaufmann Johann Jakob Lindau, der Privatdozent an der juristischen Fakultät der Heidelberger Universität und spätere Redakteur des „Pfälzer Boten" Dr. Ferdinand Bissing, der Kreisgerichtsrat und Konvertit Reinhold

---

[1] Schäffle: Aus meinem Leben, 1. Bd. S. 82 ff.

[2] Vergl. darüber den 3. Abschnitt. Siehe K. Bachem: J. Bachem, 2. Bd. S. 143 ff. — Ueber Rieß siehe S. 163 ebenda.

Baumstark zu Konstanz und der Dekan und Pfarrer zu Schwarzach Franz Xaver Lender. Diese 4 zusammen bildeten das sogenannte Festungsviereck [1].

Johann Jakob Lindau (1833—1898), ein Mann von scharfem Verstande, glänzender Rednergabe und streitbarer Natur, war für das politische Leben wie geschaffen. Die erste Anregung, seine ganze Kraft der Politik zu widmen, erhielt er im Jahre 1862 auf der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Aachen [2]. Sein Bestreben richtete sich nun vor allem darauf, den Katholiken der badischen Pfalz ein eigenes Preßorgan zu verschaffen, was ihm im Jahre 1865 mit der Gründung des „Pfälzer Boten" auch gelang [3]. Er blieb dessen spiritus rector viele Jahre hindurch. Er wurde auch im Jahre 1867 für den Bezirk Walldürn in die badische zweite Kammer und im Jahre 1868 für den achten Wahlkreis Achern-Bühl-Rastatt ins Zollparlament gewählt. In den politischen Kämpfen jener Jahre rieb dieser Mann von eiserner Kraft aber seine ganze Gesundheit auf, so daß er das ihm im Jahre 1871 ebenfalls für den 8. Wahlkreis übertragene Mandat in den 1. deutschen Reichstag nur etwa drei Wochen inne behalten konnte und von da ab sich mehr und mehr vom Schauplatz des öffentlichen Lebens zurückziehen mußte [4]. Nach Baumstark [5] war der Gesichtspunkt, der Lindau beherrschte und woraus er alle Dinge und Fragen betrachtete, ein ausschließlich religiöser. „Großdeutsch fand ich ihn nur, weil die Süddeutschen großdeutsch zu sein pflegten. Ein Herzensinteresse an der staatlichen Zukunft Deutschlands habe ich bei ihm nie gefunden. Er ist ultramontan durch und durch, übrigens ein treuer, überzeugter, aufopferungsfähiger Mensch. Doch fehlte es ihm bei aller natürlichen Volksberedsamkeit an der allgemeinen und gelehrten Bildung, die unsere Zeit von einem Parteiführer fordert".

Dr. Bissing (1832—1912) griff vor der Öffentlichkeit erst mit seiner im Jahre 1868 erfolgten Wahl ins Zollparlament in die Politik ein, übertraf aber dann in seinem Kampf gegen Preußen selbst Lindau

---

[1] Siehe H. Lauer: Geschichte der katholischen Kirche in Baden S. 277.
[2] Siehe Dor: Jakob Lindau S. 12.
[3] Siehe ebenda S. 123 ff.
[4] Siehe Dor: Jakob Lindau S. 116 f. u. 106 f.
[5] Plus ultra S. 27.

in der Schärfe des Tones. Von Lindau war er, obgleich eng mit ihm befreundet, in vielen Beziehungen das gerade Gegenteil. Im Besitze einer allgemeinen, abgeschlossenen, gelehrten Bildung, jeder religiösen Schwärmerei abgeneigt, von klarem Verstand und weltlichem Sinn, war er vorzugsweise Politiker und Journalist. Freisinnig war er immer, und sein Haß gegen den Liberalismus galt nicht den modernen Ideen, sondern nur dem nationalliberalen Parteiregiment. Bei ihm war der großdeutsche Gesichtspunkt die Hauptsache und der Katholizismus Nebensache, ultramontan im üblichen Sinne des Wortes war er nach dem Urteil seines Mitkämpfers Baumstark niemals [1]. Er gehörte daher auch während des Kulturkampfes der gemäßigten Richtung der badischen Katholischen Volkspartei an, welche der Regierung gegenüber versöhnlich wirken wollte und vertrat dieselbe ebenfalls in dem Badischen Beobachter, dessen Redakteur er 1872 wurde. Als ihn im August 1874 der damalige erzbischöfliche Kanzleidirektor Dr. Maas desavouirte, legte er die Redaktion des Badischen Beobachters nieder und ging in das liberale Lager über. Am 1. Januar 1875 übernahm er die Leitung der Konstanzer Zeitung, die er bis 1878 innehatte. Nachher redigierte er die Breisgauer Zeitung [2].

Eine geringere parteipolitische Bedeutung kam Baumstark und Lender zu. Baumstark (1831—1900) war bis zur Gründung des deutschen Reiches ein begeisterter Anhänger der großdeutschen Partei, stellte sich aber nachher ehrlichen Herzens auf die Seite des neugegründeten Reiches und suchte auch die Katholiken zum Aufgeben aller weiteren nutz- und zwecklosen partikularistischen Bestrebungen und zur aufrichtigen Mitarbeit am Reiche zu bewegen [3]. Lenders (1830 bis 1915) Bedeutung wuchs erst nach 1870, als er die Leitung der Katholischen Volks- und späteren Zentrumspartei übernahm.

Das Hauptblatt der badischen Katholiken war der Badische Beobachter in Karlsruhe. Er wurde im Jahre 1859 als Karlsruher Anzeiger gegründet. Im Herbst 1866 kündigte ihm auf Veranlassung der Regierung, die er während des badischen Schulstreites heftig an-

[1] Plus ultra S. 27 f.

[2] Mitteilung der Witwe Sophie Bissing in Freiburg.

[3] Näheres über Baumstark siehe Baumstarks eigene Lebensbeschreibung: Plus ultra.

gegriffen hatte, der Verleger den Druck und Verlag. Da der Badische Beobachter von der Regierung die nachgesuchte Konzession für eine eigene Druckerei nicht erhielt und in Karlsruhe keinen anderen Verleger fand, sah er sich gezwungen für ungefähr $1^3/_4$ Jahre nach Freiburg zu wandern, wo er im Herderschen Verlag erschien. In seiner Politik war der Badische Beobachter durch und durch großdeutsch [1].

Neben dem Badischen Beobachter kämpften auch der „Pfälzer Bote" in Heidelberg und der „Freiburger Bote" in Freiburg wacker für die großdeutschen Ideale. Beide führten eine spitzige und kühne Feder und machten dem Ministerium allerlei zu schaffen. Gelesen wurde der Pfälzer Bote in der Pfalz und im katholischen Taubergrund, der Freiburger Bote im Breisgau und teilweise im Schwarzwald. Beide Blätter erschienen wöchentlich 3 Mal [2].

Die Katholiken in der Pfalz hatten noch keine eigene Tageszeitung. Der „Christliche Pilger" war nur ein Sonntagsblatt. Die Pfälzer Zeitung, die später in katholischen Kreisen ein großes Ansehen gewann, war damals noch in den Händen des Protestanten Dr. Lukas Jäger. Erst als im Jahre 1871 dessen katholischer Sohn, Dr. Eugen Jäger, die Redaktion des Blattes übernahm, erhielt es einen katholischen Charakter [3].

---

[1] Siehe Wörl Heft 1 S. 45—47.
[2] Siehe Wörl Heft 1 S. 59 ff.
[3] Siehe ebenda Heft 4 S. 227 f.

1. Abschnitt

Die Haltung der hessischen Presse

Redakteur des Mainzer Journals wurde nach dem Tode Franz Sausens zunächst der als Philipp Laicus bekanntgewordene Philipp Wasserburg[1]. Bald darauf aber übernahm die Leitung der Redaktion des Verstorbenen älterer Sohn, Dr. Johann Sausen, der sie bis zum 1. April 1872 inne hatte. Von da ab war Wasserburg bis zum

[1] Philipp Wasserburg, geb. am 11. 10. 1827 zu Mainz, gest. in Gonsenheim bei Mainz am 13. 4. 1897, stand 1848 auf dem Standpunkt der fortgeschrittensten Sozialdemokratie. Sein Radikalismus kostete ihn seinen Posten als Gerichtsakzessist bei dem damaligen Kreisgericht in Mainz. Im Jahre 1852 gründete er in der Stille einen sozialistischen Verein, dessen Entdeckung ihn ins Gefängnis und nach einer 14monatigen Untersuchung ins Korrektionshaus führte. Aber schon nach 3 Monaten wurde ihm auf ein Gesuch seiner bejahrten Mutter der Rest der Strafzeit erlassen. Im Jahre 1856 wurde er Korrektor des Mainzer Journals. Er stellte die Bedingung, daß der Redakteur ihm keine redaktionellen Arbeiten zumute, da diese seinen Grundsätzen zuwiderliefen. Indessen trat im Laufe der Jahre und wohl auch beeinflußt durch die Kreise, in denen Wasserburg sich jetzt bewegte, allmählich ein Umschwung in seinen Ansichten ein. Von 1870 an erscheint Wasserburg fast ausschließlich als katholischer Schriftsteller. Nach Niederlegung der Redaktion des Mainzer Journals lebte er ganz seiner publizistischen und novellistischen Schriftstellerei sowie seinen Pflichten als Stadtverordneter von Mainz (seit 1878) und Vertreter des Offenbachischen Landkreises im hessischen Landtag (seit 1890). Nicht lange vor seinem Tode übernahm er die Leitung der Halbmonatsschrift „Die Wahrheit". Vergl. Fr. Brümmer: Lexikon der deutschen Dichter und Prosaisten des 19. Jahrhunderts Bd. 7, S. 330 f. (bei Reklam).

Schluß des Jahres 1873 leitender Redakteur, von Sommer 1872 bis Ende Dezember 1873 von Franz Meister unterstützt. Neujahr 1874 löste ihn Kaplan Jakob Nostadt ab [1].

Von Oktober 1866 bis Ende 1868 brachte das Journal soviele Beiträge aus Bayern, daß es fast als bayrisches Blatt in Anspruch genommen werden konnte. Ein Hauptmitarbeiter war damals der fränkische Priester Anton Conrad. Der später in Bayern stark hervorgetretene Politiker Rittler soll während der Konzilszeit im Journal viel zu Worte gekommen sein [2]. Eine provinziell hessische Färbung hatte das Journal nie. In diesen Jahren ging es aber geradezu auffällig über die hessischen Angelegenheiten mit Stillschweigen hinweg. Weder über die Tragweite des 66er Friedensschlusses, noch über die preußisch-hessische Militärkonvention von 1867 und das Bündnis beider Staaten, noch zu den Erörterungen des hessischen Landtages im Jahre 1867 über Hessens völligen Anschluß an den Norddeutschen Bund äußerte sich das Blatt. Rücksichten auf Wünsche des Ministerpräsidenten Dalwigk, mit dem die katholischen Führer in Hessen gut standen, mögen zur Erklärung dienen [3].

Über die Persönlichkeit der Mitarbeiter ließ sich keine Auskunft mehr schaffen. Außer den Redaktionsmitgliedern und den Bayern Conrad und Rittler wird der Mainzer Diözesanangehörige, spätere Pfarrer Hoesch genannt [4]. Einzelne Mitarbeiter treten mehr, andere weniger hervor. Aufschluß darüber gibt die Ordnung der Beiträge nach Zeichen, wobei vorbehalten bleiben muß, daß einzelne Mitarbeiter unter verschiedenen Zeichen schrieben. Aufgenommen wurden nur ins Bereich der Arbeit fallende Beiträge. Der Inhalt jedes Beitrages wird durch ein Stichwort angedeutet.

Ohne Zeichen erschienen folgende Leitartikel:

Nr. 77 vom 2. 4. 67 Gegen die Abtretung Luxemburgs.
„ 117 „ 19. 5. 67 } Lösung der Luxemburger Frage.
„ 124 „ 28. 5. 67 }

---

[1] und [2] Mitteilung des Herrn Meister in Freiburg.

[3] Ueber Dalwigks damalige Politik vergl. Vogt: Die hessische Presse in der Zeit der Reichsgründung.

[4] Mitteilung des Herrn Meister in Freiburg.

Nr. 77 vom 31. 3. 67 Der preußische Militarismus ist schuld an der ostpreußischen Hungersnot.
„ 53 „ 5. 3. 70 Besprechung der Broschüre von Konstantin Frantz „Schattenseiten des Norddeutschen Bundes"
„ 171 „ 27. 4. 71 Keine Begeisterung für das neue Reich.

Mit einem Stern gezeichnet sind die Leitartikel:
Nr. 82 vom 2. 4. 68 Ergebnis der Zollparlamentswahlen.
„ 90 „ 19. 4. 69 Gegen den Nordbund.

Nach weitverbreitetem Redaktionsbrauche deutet der Stern darauf hin, daß es sich um Redaktionsarbeit handelte.

Leitartikel mit dem Zeichen *W*:
Nr. 157 vom 10. 7. 66 Napoleons Vermittlung.
„ 160 „ 13. „ Schlacht bei Königgrätz.
„ 171 „ 26. „ Für den Weiterkampf, gegen einen „faulen Frieden".
„ 180 „ 5. 8. 66 Gegen die Annektionen.
„ 194 „ 23. 8. 66 Bewaffnete Neutralität der Südstaaten im Kriegsfall.

Leitartikel mit dem Zeichen *K*:
Nr. 184 vom 10. 8. 66
„ 186 „ 12. „
„ 188 „ 15. „
„ 189 „ 17. „
„ 191 „ 19. „
„ 193 „ 22. „
„ 195 „ 24. „
} Für eine Heeresorganisation nach preußischem Muster.

„ 191 „ 19. 8. 66
„ 193 „ 22. „
„ 197 „ 26. „
} Süddeutschland gehört im Falle eines preußisch-französischen Krieges auf die Seite Frankreichs.

Leitartikel mit dem Zeichen P:
Nr. 66 vom 21. 3. 67 Gegen den preußischen Militarismus.
„ 165 „ 19. 7. 69 Kein Geld mehr für Militärzwecke.
„ 158 „ 11. 7. 70 Kriegsfrage.

Nr. 241 vom 17. 10. 70 } Die Frage der deutschen Einheit während
„ 276 „ 28. 11. 70 } des Krieges.
„ 290 „ 14. 12. 70 Reichsverfassung.
„ 295 „ 20. 12. 70 } Aufmunterung der bayerischen Patrioten
„ 19 „ 23. 1. 71 } zur Annahme der Versailler Verträge.
„ 20 „ 24. 1. 71 Stellung zum neuen Reich.
„ 93 „ 20. 4. 71 Debatte über die Grundrechte im Reichstag.

Leitartikel mit dem Zeichen B:
Nr. 126 vom 3. 6. 69 Abschaffung des preußischen Militärsystems.

Leitartikel mit dem Zeichen H:
Nr. 56 vom 8. 3. 67 Kettelers Schrift: „Deutschland nach dem Kriege 1866".
„ 187 „ 11. 8. 68 Gegen Preußen.

Leitartikel mit dem Zeichen Y:
Nr. 261 vom 8. 11. 72 Religiöse Momente im Kampfe gegen Preußen
„ 136 „ 13. 6. 72 Gegen die Reichsverfassung.

Leitartikel mit dem Zeichen γ:
Nr. 157 vom 9. 7. 70 Kriegsfrage.

Leitartikel mit dem Zeichen h:
Nr. 282 vom 3. 12. 69 Bayerische Landtagswahlen.

Leitartikel mit dem Zeichen ↗
Nr. 108 vom 7. 5. 68 } Zollparlamentsbericht.
„ 109 „ 8. „ }

Leitartikel mit dem Zeichen ↙
Nr. 49 vom 27. 2. 67 Kettelers Schrift: „Deutschland nach dem Kriege 1866".

Aus Bayern stammen oder scheinen zu stammen:

1. Leitartikel mit dem Zeichen —ch—
Nr. 91 vom 18. 4. 67 } Preußen am Luxemburger Streit schuld.
„ 108 „ 9. 5. 67 }

Diese Leitartikel und die folgenden haben denselben Verfasser.

2. Leitartikel mit dem Zeichen —Z— Lech:

Nr. 137 vom 14. 6. 67 Neuer Zollvereinsvertrag.
„ 217 „ 18. 9. 67 } Adreßbewegung zu Gunsten der Ablehnung des Allianz- und Zollvertrages.
„ 222 „ 24. 9. 67 (nur eine Korrespondenz) }
„ 234 „ 8. 10. 67 }
„ 222 „ 24. 9. 67 } Salzburger Zusammenkunft.
„ 234 „ 8. 10. 67 }
„ 254 „ 31. 10. 67 Zollvereinsvertrag.
„ 12 „ 14. 1. 68 (nur Korrespondenz) Allianzvertrag.
„ 27 „ 31. 1. 68 Zollparlamentswahlen.
„ 131 „ 5. 6. 68 Südbundprogramm.

3. Leitartikel mit dem Zeichen: München*G*:

Nr. 120 vom 23. 5. 67 Gegen die preußische Wehrverfassung.
„ 18 „ 22. 1. 70 Keinen Pfennig für militärische Zwecke.

4. Leitartikel mit dem Zeichen: München**:

Nr. 30 vom 4. 2. 68 Bayerische Landtagswahlen.
„ 131 „ 9. 6. 69 Hohenlohes Tätigkeit im Zollparlament.
„ 230 „ 2. 10. 69 Gegen eine Versöhnung Österreichs mit Preußen.
„ 50 „ 28. 2. 71 Konfessionelle Momente bei den Reichstagswahlen.

5. Leitartikel mit dem Zeichen: München⁂:

Nr. 217 vom 19. 9. 66 Gegen die Ausschließung Österreichs aus Deutschland.

6. Leitartikel mit dem Zeichen: München*_*:

Nr. 152 vom 3. 7. 67 Zollvereinsvertrag.
„ 205 „ 4. 9. 67 Adreßbewegung zu Gunsten der Ablehnung des Allianz- und Zollvertrages.

7. Leitartikel mit dem Zeichen: München+:

Nr. 160 vom 11. 7. 71 Konfessionelle Momente bei den Reichstagswahlen.

8. Leitartikel mit dem Zeichen: + Aus Nordbayern:

Nr. 136 vom 12. 6. 68 Zollparlamentsfrage.
„ 14 „ 22. „ Für ein Zusammengehen Süddeutschlands mit Frankreich im Kriegsfalle.
„ 158 „ 8. 7. 60 } Südbundprogramm.
„ 160 „ 10. „ }

9. Leitartikel mit dem Zeichen: Aus Franken △:

Nr. 235 vom 10. 10. 66 } Gegen den Anschluß an Preußen.
„ 236 „ 11. „ }

10. Leitartikel mit dem Zeichen: Würzburg**:

Nr. 39 vom 15. 2. 67 Ministerkonferenz in Stuttgart vom Februar 67

11. Leitartikel mit dem Zeichen: Bayr. Pfalz □:

Nr. 21 vom 24. 1. 68 Zollparlamentswahlen.

12. Leitartikel mit dem Zeichen: Aus Bayern ×:

Nr. 76 vom 31. 3. 67 Allianzvertrag.

Unzweifelhaft bayerischer Herkunft sind auch die Leitartikel mit dem Zeichen ξ:

Nr. 27 vom 1. 2. 67 Anschluß an Preußen.
„ 61 „ 14. 3. 67 Süddeutsche Ministerkonferenz in Stuttgart vom Februar 67
„ 74 „ 29. 3. 67 Allianzverträge,

obwohl nur der 2. und 3. den Zusatz „Aus Bayern", der 1. den Zusatz „Vom Rheine" führt. Der Inhalt ist beweisend.

Aus Hannover stammen die Leitartikel □*:

Nr. 117 vom 18. 5. 68 Für ein Zusammengehen Süddeutschlands mit Frankreich im Kriegsfalle

Nr. 206	vom	4.	9. 71	Für Hannover werden Bundesstaatsrechte verlangt
„ 290	„	12.	12. 71	
„ 188	„	13.	8. 72	

An Korrespondenzen sind erwähnenswert zunächst einige vereinzelte, drei „Aus Westdeutschland" ⊙, Nr. 157, 169, 171 vom 10., 24. und 26. 7. 66: Aufforderung zum Weiterkampf, eine aus „Rheinbayern" S. Nr. 219 vom 20. 9. 67: Adreßbewegung zu Gunsten der Ablehnung des Allianz- und Zollertrages, und eine „Von der Holländischen Grenze" *√ Nr. 45 vom 22. 2. 71: Konfessionelle Momente bei den Reichstagswahlen.

Besondere Beachtung verdienen die Korrespondenzen, die das Blatt unter „Berlin" bringt. Sie führen folgende Zeichen und berichten über folgende Punkte:

1. Berlin *//

Nr. 45	vom	22.	2. 67	Nordbundverfassung.
„ 51	„	1.	3. 67	

2. Berlin //*

Nr. 59	vom	12.	3. 67	Nordbundverfassung.
„ 62	„	15.	„	
„ 92	„	19.	4. 67	
„ 94	„	21.	„	
„ 82	„	4.	„	Luxemburg.
„ 90	„	17.	„	

3. Berlin #

Nr. 129	vom	7.	6. 69	Hohenlohe im Zollparlament.
„ 144	„	24.	„	Bismarck.
„ 160	„	13.	7. 70	Kriegsfrage.
„ 163	„	16.	„	
„ 1	„	2.	1. 71	Religiöse und konfessionelle Momente bei den Reichstagswahlen.

4. Berlin *

Nr. 78 vom 3. 4. 67 Luxemburg.
„ 199 „ 28. 8. 67 Salzburger Zusammenkunft.

5. Berlin ⁂

Nr. 190 vom 16. 8. 72 Drei-Kaiser-Zusammenkunft.
„ 196 „ 23. „ Heeresreorganisation.

6. Berlin ?

Nr. 84 vom 10. 4. 67 Luxemburg.

7. Berlin *+

Nr. 116 vom 18. 5. 67
„ 119 „ 22. „ } Luxemburg.

8. Berlin *+*

Nr. 191 vom 18. 8. 67 Salzburger Zusammenkunft.

9. Berlin ⊙

Nr. 111 vom 11. 5. 68 Adreßdebatte im Zollparlament.

10. Berlin ♁

Nr. 183 vom 7. 4. 71 Adreßdebatte im Reichstag.

Fast alle Korrespondenzen sind preußenfeindlich gehalten. Während des Luxemburger Streites vertreten sie den deutschnationalen Standpunkt. Es muß dahingestellt bleiben, ob nicht einige von ihnen in der Redaktion entstanden sind.

Mit „Wien" gezeichnet ist ein Leitartikel und fünf Korrespondenzen. Der Leitartikel Nr. 92 vom 21. 4. 69 über die Allianzverträge, sowie zwei Korrespondenzen Nr. 184 vom 8. 8. 67 über die Salzburger Zusammenkunft und Nr. 106 vom 5. 5. 68 über die Eröffnung des Zollparlaments führen das Zeichen „Wien H". Ohne Zeichen ist die Korrespondenz Nr. 77 vom 2. 4. 67: Luxemburger Frage. Das Zeichen Wien* führen die Korrespondenzen Nr. 96 vom 25. 4. 67: Luxemburger

Frage, Nr. 182 vom 7. 8. 67 und Nr. 220 vom 22. 9. 67: Salzburger Zusammenkunft. Die Korrespondenzen ohne Zeichen und die mit dem Stern rühren vermutlich aus der Redaktion des Blattes selber her. Von der Beeinflussung des Blattes durch die österreichische Diplomatie gibt die geringe Zahl der Wiener Beiträge keine Vorstellung.

Weit verbreitet war die Ansicht, daß das Mainzer Journal unter Kettelers Einfluß stehe und daher Ketteler für die Politik dieses Blattes verantwortlich zu machen sei. Sie ist unrichtig. Ketteler selber hat am 21. November 1866 in einer Rechtfertigung [1] gegen einen ihm in der Kreuzzeitung gemachten Vorwurf ausdrücklich erklärt, daß zwischen seinen Anschauungen und denen des Mainzer Journals „in sehr vielen Dingen eine wesentliche Verschiedenheit" bestehe. In einem Schreiben [2] vom 19. März 1868 an den Gouverneur von Mainz, den preußischen General Prinz von Holstein, tadelte er wiederum die Polemik des Mainzer Journals gegen Preußen, die „vielfach von Unbilligkeit und Feindseligkeit" nicht freizusprechen sei. Nicht minder aber lehrt ein Vergleich der Leitartikel des Journals und des Ketterlerschen Buches „Deutschland nach dem Kriege von 1866", wie sehr das Blatt in der deutschen Frage eigene Wege ging. Kaum daß Ketteler durch seine Schrift bewirkt haben mag, daß das Mainzer Journal wie überhaupt die südwestdeutsche katholische Presse den religiösen Interessen, die im Kampfe gegen Preußen auf dem Spiele standen, eine größere Aufmerksamkeit schenkte.

Als Redakteur des andern hessischen Blattes, des Katholischen Volksblattes, betätigte sich in den Jahren 1866—1872 der Dompräbendar und spätere Domkapitular Erwin Nostadt. Einen wesentlichen Teil des Manuskriptes für das „Mainzer Blättchen" besorgte jahrelang Wilhelm Nicolay, zuletzt Pfarrer in Mittelheim bei Winkel a. Rh. Ein reger Mitarbeiter des K. V. war auch der Bruchsaler Stadtpfarrer Gustav Oberle, der die Unterredungen der „Zwei Badischen Vettern" verfaßte [3].

---

[1] Pfülf: Ketteler II. Bd. S. 275.

[2] Siehe ebenda S. 288.

[3] Mitteilung des Herrn Meister in Freiburg.

Das Katholische Volksblatt bringt fast alle Arbeiten ohne Zeichen, oder vielmehr es faßt sie im sogenannten Wochenberichte zusammen. Nur folgende drei Artikel führen ein besonderes Zeichen: 1. Der Leitartikel W in Nr. 51 vom 22. 12. 71, der sich gegen die Gründung von Kriegervereinen ausspricht; 2. das Zwiegespräch der „Zwei Badischen Vettern" in Nr. 19 vom 7. 1. 71, der von der Grundrechtdebatte im kommenden Reichstag handelt; 3. die Korrespondenz: „Aus Nassau" L in Nr. 8 vom 19. 2. 71, die für die Reichstagswahlen religiöse Gesichtspunkte als maßgebend hinstellt. Der Verfasser dieser Korrespondenz ist vermutlich der spätere Zentrumsabgeordnete Ernst Lieber.

Das Katholische Volksblatt nahm auf die politischen Ansichten des Bischofs Ketteler etwas mehr Rücksicht als das Mainzer Journal.

Bei der Kunde von der Schlacht bei Königgrätz schlug die Stimmung in den Österreich freundlichen Kreisen Südwestdeutschlands in tiefe Niedergeschlagenheit um. Die Wirkung war um so stärker, als gleichzeitig bekannt wurde, daß sich Franz Josef an Napoleon gewandt hatte, ein Schritt, den man wohl Preußen, nicht aber Österreich zugetraut hätte. Nach der Erholung vom ersten Schrecken aber redete man fürs erste Österreich eindringlich zu, es nochmals mit dem Glück der Waffen zu versuchen. Der Waffenstillstand, so schrieb das Katholische Volksblatt, dürfe nicht zum Frieden führen, da Österreich die erste Friedensbedingung, seinen Ausschluß aus Deutschland, niemals erfüllen könne. „Schlechtere Bedingungen kann Österreich auch nach einer verlorenen zweiten Hauptschlacht kaum erlangen; denn wenn es seine deutsche Stellung aufgibt, verliert es damit auch zugleich seine europäische Großmachtstellung"[1]. Als sich aber Österreich doch genötigt

[1] K. V. Nr. 30 v. 29. 7. 66, S. 237.

sah, nachzugeben, klagte das Blatt bitter[1]: „Wieder einmal müssen wir erleben, daß rohe Gewalt über das gute Recht siegt . . . Alle die Ströme des edelsten Blutes, die auf den Schlachtfeldern in Böhmen, Italien und Süddeutschland geflossen, all der Jammer und all das Elend, das uns der Krieg gebracht und noch bringen wird, waren vergebens!"

Jetzt war Deutschland in zwei Hälften zerrissen, in ein Norddeutschland, das Preußen mit höchster Bewilligung Napoleons verschlungen habe, und in ein Süddeutschland, das eine zwischen Preußen, Frankreich und Österreich eingekeilte, rat- und tatlose und voraussichtlich in sich selber uneinige Staatengruppe bilden werde. Ein solches Deutschland sei zu groß zum Sterben und zu klein zum Leben, nur noch dazu fähig, von Preußen vollends verschluckt zu werden. „Das ist das Deutschland des Königs von Preußen und des Kaisers Napoleon, das das Werk, welches die preußischen Generäle und die Zündnadelgewehre in 10 Tagen in Böhmen zu Werke gebracht, unterstützt von den würdigen Italienern, die wie Gassenköter den Kaiserstaat im Rücken anfielen und ihn so zwangen, einen Teil seiner Macht, nicht den schlechtesten, gegen sie zu wenden"[2].

Auch die Einverleibung von Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen, Nassau und des Gebietes der freien Stadt Frankfurt in den preußischen Staat sah das Blatt ungern. Es klagte darüber, daß die Verhandlungen über diesen wichtigen Gegenstand „nur sehr oberflächlich" geführt worden und alle Protestadressen unberücksichtigt geblieben seien. Besondere Vorwürfe macht es den Bayern, weil sie zu den Abmachungen des Ministers von der Pfordten Ja und Amen gesagt und die bayerische Zauder- und Schaukelpolitik ohne ein Wort des Tadels als vollendete Tatsache hingenommen hätten. „Das heißt man heutzutage Charakterfestigkeit und Mannesmut! Man tröstet sich eben damit, die an Preußen abgetretenen Bezirke gehören zu den unbemitteltsten und ging über die drei Monate voll Schmach und Schande zur Tagesordnung über"[3].

[1] K. V. Nr. 31 v. 5. 8. 66, S. 244.
[2] K. V. ebenda, S. 245.
[3] K. V. Nr. 37 v. 17. 9. 66, S. 293.

Das Volksblatt war über die ihm unangenehme Anrufung Napoleons durch Österreich stillschweigend hinweggeglitten. Im Journal dagegen beklagt der Leitartikler *W* [1] „aus tiefster Seele" die Einmischung Napoleons in die deutschen Händel. Schuld daran sei jedoch nicht so fast Österreich als vielmehr Preußen, „das auf seinem Banner die Vernichtung Österreichs geschriebenund Felonie gegen Kaiser und Reich gezeugt und genährt" habe, und die süddeutschen Staaten, die „bei einem rascheren und energischeren Eingreifen diese Intervention unnötig und damit unmöglich" hätten machen können. Er spricht daher Preußen auch jedes Recht ab, diese Handlung Österreichs perfid zu nennen, zumal da es selber mit Italien, „dem Reichsfeind im Süden", zur Vernichtung Österreichs einen Kontrakt abgeschlossen habe. In der Sache hatte derselbe Leitartikler schon vorher die Vermittlung Frankreichs hingenommen, weil zu hoffen stehe, daß Preußen unter dem Drucke Napoleons sich dazu verstehen werde, seine Hegemonie wieder aufzugeben [2]. Ein Korrespondent aus Westdeutschland [3] dagegen gab sich nicht derselben Täuschung hin und bezeichnete es als unklug und undeutsch, jetzt einen raschen Frieden herbei zu wünschen. Er predigte mit der ganzen Kraft seiner Beredtsamkeit die Wiederaufnahme des Kampfes gegen Preußen. „Aushalten im Unglück, so lange man noch die Arme rühren kann, das war von jeher der Deutschen Ruhm . . . Mut, Mut, Hoffnung, Gottvertrauen!, so möchte man stündlich predigen. Man möchte es stündlich laut aussprechen, daß man die gute Sache erst dann zu verlassen berechtigt ist, wenn man nicht mehr anders kann, wenn man absolut vi maiori weicht." Bayern und Württemberg forderte er auf, alle verfügbaren Kräfte zu sammeln und dann gegen Norden zu schicken, entweder Österreich zur Hilfe oder gegen Berlin. „Wir rühmen uns ja so gerne des Gegensatzes zu Österreich. Wohlan ziehen wir denn vor Berlin, während der Österreicher sich der Preußen vor Wien erwehrt." Nach der Bekanntmachung des „faulen" Nikolsburger Friedens war der *W* Leitartikler [4] voller Ingrimm. Er konnte darin nicht das Ende des ganzen Dramas, sondern nur „das Ende

---

[1] M. J. Nr. 160 v. 13. 7. 66.
[2] M. J. Nr. 157 v. 10. 7. 66
[3] M. J. Nr. 169 v. 24. 7. 66, aus Westdeutschland ⊙.
[4] M. J. Nr. 171 v. 26. 7. 66

des ersten Aktes des brudermörderischen Krieges" sehen. Er hielt es für selbstverständlich, daß Österreich und seine Verbündeten, sobald sie sich wieder von ihrem Schlag erholt hätten, sich von neuem auf Preußen werfen würden, um sich „für die erlittene Schmach Sühne zu verschaffen". „Glaubt Preußen wirklich, daß der Frieden, den es uns diktiert, von uns auch von Herzen angenommen werde? Wir sind für den Augenblick besiegt, aber nicht entmutigt, wir sind uneinig, aber das Gefühl schmählich erlittenen Unrechts wird uns einigen. Unsere Scharen sind geringer an der Zahl, aber wir können sie vermehren, wenn wir die preußische Heeresorganisation annehmen; auch Österreich ist immer noch Preußen gewachsen, und der Tag von Königgrätz wird in der Brust jeden Österreichers brennen, bis er gesühnt ist". Er war daher der festen Hoffnung, „daß wie ehedem Gesamtdeutschland aus der Asche wieder entstehen werde". In seiner Entrüstung über ein solches Ende des Krieges hielt er es sogar für das gegebene, daß Süddeutschland im ersten Krieg, der ausbrechen werde, „der Verbündete der Feinde Preußens" sei. Gemeint war mit diesem „ersten Krieg" ohne Zweifel ein Krieg zwischen Frankreich und Preußen.

Das Zusammengehen mit Frankreich und die Entwicklung der eigenen süddeutschen Wehrhaftigkeit durch Annahme der preußischen Heeresorganisation blieb das Leitmotiv der Leitartikel des Journals den ganzen August hindurch. Unter dem Zeichen *W* kommt das Journal freilich nur noch einmal am 23. August in Nr. 194 darauf zurück; aber unter dem Zeichen *K* widmet es sowohl der Frage des Verhältnisses zu Frankreich als auch der Heeresorganisation je eine ganze Gruppe von Leitartikeln. Der Artikel unter dem Zeichen *W* lehnte jedes tätige Eingreifen zu Gunsten Preußens im Falle eines preußisch-französischen Krieges strikte ab und empfahl bewaffnete Neutralität, von der man nur abweichen dürfe, „wenn das Kriegsglück will, daß in einem europäischen Kriege der Norden so gedemütigt wird, wie wir heute gedemütigt worden sind; wenn der Norden sich daran erinnert, daß jenseits des Main's und drüben über dem böhmischen Gebirge auch noch Deutsche wohnen, die mit ihm eines Stammes und eines Namens sind. Wenn dann dieser Norden unsere Hülfe beansprucht, dann wird es Zeit sein unsere Neutralität abzuwerfen". . . . . Der Preis dafür müßte aber sein „kein Preußen und kein Österreich, kein Bayern und kein Hannover, sondern ein einiges,

großes und starkes Deutschland, innerhalb dessen Grenze jeder Volksstamm nach seiner Façon glücklich sein kann". Beachtenswert ist an diesem Zornausbruch vor allem der unstillbare demokratische Unitarismus, wozu sich der Leitartikler bekannte, die Abwesenheit jedes Empfindens für die föderalistischen und partikularistischen Elemente des deutschen Staatslebens. Der ungeschwächte Geist der 48er Bewegung spricht daraus. Die *K* gezeichneten Artikel [1] beginnen mit einem Hinweis darauf, daß Napoleon bei dem im Jahre 1867 oder 1868 zu erwartenden Krieg mit Preußen sich nach Bundesgenossen umsehen werde. Man müsse hoffen, „daß es nicht die Süddeutschen sein werden". Die Umstände freilich drängten Süddeutschland auf die Seite Frankreichs. Denn erstens zwinge es dazu die Sorge um das eigene Schicksal, da sonst der Süden Deutschlands bei einem französisch-preußischen Kriege „geradezu Frankreich preisgegeben" wäre. Sodann „braucht man wahrlich nur auf die bayrische Politik seit 2 Jahrhunderten zurückblicken, um sich zu vergewissern, daß eine Allianz mit Frankreich nicht allein sehr möglich, sondern unter den heutigen Verhältnissen sogar das wahrscheinlichste ist [2]. . . . . So wird es kommen, daß der deutsche Süden bei dem bevorstehenden Entscheidungskampf auf französischer Seite gegen Preußen steht, also Deutsche gegen Deutsche" [3]. Doch „mag der die Früchte ernten, der die Saat ins Feld gebracht, sie ist üppig aufgegangen. Möge jener Schuldige dann auch die volle Verantwortung tragen, wenn die alten Zeiten wieder aufleben und Deutsche unter französischem Adler ihre Stammesbrüder in Banden schlagen helfen" [4]. In dem zweiten Artikel kommt der Verfasser wohl noch einmal darauf zurück, daß es eigentlich doch anders sein sollte. „Als Deutsche dürfen wir nicht mit Frankreich gehen . . . So will es die Geschichte, so gebietet es unser Vaterlandsgefühl. Alles spricht dafür, daß wir gegen Frankreich gehen sollen" [5]. Mit Preußen aber zu gehen sei unmöglich. „Der gegenwärtige Krieg hat soviel Haß zwischen Preußen und den Süddeutschen gesäet, daß nichts anderes zu tun fast übrig

---

[1] M. J. Nr. 191 v. 19. 8. 66, Nr. 193 v. 22. 8. 66, Nr. 197 v. 26. 8. 66 Leitartikel *K*.

[2] M. J. Nr. 191 v. 19. 8 66.

[3] und [4] M. J. Nr. 193 v. 22. 8. 66.

[5] M. J. Nr. 197 v. 26. 8. 66.

bleibt. Der Haß muß sich auskochen. Eher ist an ein Zusammengehen nicht wieder zu denken“ [1]. Man müsse deshalb solange mit Frankreich gehen, bis Preußen besiegt sei. Erst dann dürfe man Preußen wieder die Bruderhand reichen, um zu verhindern, daß Preußen an Frankreich Land abtrete. Doch „offen erklären wir, daß wir nur notgedrungen die Waffen gegen unsere Stammesbrüder . . . tragen . . . . Weil es nicht anders sein kann, fügen wir uns. Im Interesse der künftigen Einigung Deutschlands, fügen wir uns in diese widernatürliche Verbindung“ [2]. Sollte aber Süddeutschland ein Wort beim endgültigen Frieden mitsprechen können, so begriff der Mann sehr gut, daß es sich rüsten müsse [3]. „Der Kampf zwischen Frankreich und Preußen ist unvermeidlich geworden. — Die französische Nation müßte sich denn bescheiden, von der gewöhnten Höhe willig herabzusteigen und den ersten Platz mit einem andern zu teilen. Sie wird das nicht tun. Ebenso werden jetzt in Preußen alle Saiten angespannt bleiben, den Nationalstolz, von dem schon seither eine gehörige Portion vorhanden war, in infinitum zu vermehren, die preußische Nation als die erste der Welt hinzustellen“ [4]. So sei man also gezwungen, alle Kräfte zu sammeln, um bei dem kommenden Krieg stark zu sein [5]. Dazu sei aber eine völlige Umgestaltung des gesamten Heerwesens notwendig. Da das preußische Heer vortrefflich organisiert und ausgebildet sei und zudem weniger Kosten verursache, als das der Franzosen und Österreicher [6], müsse man sich unbedingt und ehestens an seine Wehrfassung anschließen. „Wir bevorzugen in allem und jedem die preußische Wehrverfassung“ [7].

Selbst ein Mann wie Ketteler glaubte sich im Sommer 1866 mit der neuen Lage noch nicht abfinden zu können. Am 28. August 1866 schrieb er an Kaiser Franz Josef: „Die inzwischen eingetretenen Ereignisse, insbesondere das Ausscheiden Österreichs aus dem deutschen Bunde ist für uns schmerzlicher als es Worte auszusprechen vermögen.

---

[1] und [2] M. J. Nr. 197 v. 26 8. 66.

[3] Leitartikel *K* (Was Not tut) Nr. 184 vom 10. 8. 66, Nr. 186 v. 12. 8. 66, Nr. 188 v. 15. 8. 66, Nr. 189 v. 17. 8. 66, Nr. 191 v. 19. 8. 66, Nr. 193 v. 22. 8. 66, Nr. 195 v. 24. 8. 66.

[4] M. J. Nr. 193 v. 22. 8. 66.

[5] M. J. Nr. 184 v. 10. 8. 66.

[6] M. J. Nr. 189 v. 17. 8. 66.

[7] M. J. Nr. 195 v. 24. 8. 66.

Damit ist das Werk vorläufig vollendet, welches seit Friedrich dem Großen der leitende Gedanke aller preußischen Staatsmänner war; damit ist alles, was uns noch an das alte deutsche Reich erinnern konnte, zerstört. Ein Deutschland ohne Österreich und ohne das Kaiserhaus ist nicht mehr Deutschland. Unsere einzige Hoffnung ist noch, daß diese Verhältnisse unmöglich von Dauer sein können. Nicht der Staatenbund . . . sondern nur ein einiges Deutschland mit dem Erben der alten Kaiserkrone an der Spitze entspricht den wahren Bedürfnissen Deutschlands und der Stellung, die Gott ihm in der Weltgeschichte angewiesen hat“ [1]. Man könne daher nur „voll Sehnsucht“ hoffen, daß Österreich „einst wieder an die Spitze Deutschlands treten“ werde [2]. Wenn selbst Ketteler so über das von Preußen geschaffene Werk dachte, kann es einen nicht wundern, daß die breiteren Kreise der großdeutschen Bewegung noch keiner Mäßigung fähig waren. In einem Leitartikel des Journals aus München heißt es, unmöglich könne die Ausschließung Österreichs eine endgültige sein [3], da „nur durch die Not gezwungen und in seinen Bundesgenossen keinen Halt findend“ Österreich sein Jawort dazu gegeben habe. Ein Deutschland gäbe es überhaupt nicht mehr. Das von Preußen geschaffene Werk sei daher niemals eine Wohltat für Deutschland, sondern nur das größte an Deutschland begangene Verbrechen. „Wer in Wahrheit Deutschland liebt, muß alle seine Stämme lieben; wer eine Wiedergeburt Deutschlands will, muß an allen seinen Stämmen und Teilen festhalten. Wer auch nur einen Stamm ausschließt, oder gar mißhandelt, geschweige denn haßt, ist ein Pfui-Deutscher, wenn er auch den Mund von „Deutschland“ noch so voll nimmt“. Und höhnisch fragt der Leitartikler unter dem Zeichen *W*, ob denn das wirklich Preußens deutscher Beruf sei, selbständige Staaten und Städte zu annektieren, Österreich zu demütigen und wenn möglich zu vernichten, und Süddeutschland seinem eigenen Schicksale zu überlassen, bis man die Zeit für gekommen erachte, es auch noch zu verschlucken [4].

Nach alledem konnte die Antwort auf die Frage nach dem Anschlusse der süddeutschen Staaten an Preußen, als sie unmittelbar nach

---

[1] Pfülf, Ketteler Bd. 2 S. 265 f.

[2] Siehe ebenda S. 266.

[3] M. J. Nr. 217 v. 19. 9. 66, Leitartikel aus München *.

[4] M. J. Nr. 180 v. 5. 8. 66.

em Kriege an das Journal und das Volksblatt herantrat, nur ver= einend ausfallen. In einem Leitartikel [1], der ihm aus Franken zu= ing, bekennt das Journal offen, daß die Antipathie gegen Preußen, ie sich in dem letzten Krieg zu einem „tiefgehenden Preußenhasse" ntwickelt habe, eine Vereinigung mit dem Norden nicht zulasse. Mit iesen unsympathischen Norddeutschen, mit ihrem „bis zur Lächerlichkeit ochmütigen Benehmen" wolle man nichts zu tun haben und das umso eniger, als von einem Preußischwerden nur noch der Verlust jeglicher Freiheit und Selbständigkeit, der Untergang des eigenen Fürstenhauses u erwarten sei [2]. „Es hat zwar", fuhr der Mitarbeiter fort, „die kon= essionelle Frage in neuerer Zeit etwas an ihrem Gewicht verloren, ber gewichtig ist sie immer noch und jene Staatsmänner von heute nd gestern, welche diese Frage als eine ziemlich gleichgültige betrachten, andeln auf einsamen Wegen und ihr politisches Calcul wäre nur ann richtig, wenn auch das Volk diese Ansicht teilen würde oder wenn nan nach der Stimmung des Volkes und der öffentlichen Meinungen ichts mehr zu fragen hätte" [3].

Dieser Kampf gegen einen Anschluß an Preußen und den Nord= eutschen Bund wurde nun in dem Blatte, wenn auch von wechselnden Angriffspunkten aus, die ganzen Jahre von 1866—70 fortgeführt. Auch das Volksblatt teilte die Meinung des Journals.

Den ersten Stoß richtete das Journal gegen das deutsche Pro= gramm des neuen bayerischen Ministerpräsidenten Fürsten Hohenlohe om 19. 1. 67, worin die Gründung eines weiteren Bundes zwischen em norddeutschen Bund und den einzelnen süddeutschen Staaten als as Ziel der bayerischen Politik bezeichnet wurde, eines Bundes, der s mit sich bringen sollte, daß Bayern gegen bestimmte Garantien für ie Souveränität des Königs seine Truppen im Falle eines Krieges egen das Ausland der Führung Preußens unterstellte und dieselben chon im Frieden in einer Art und Weise organisierte, welche eine

---

[1] M. J. Nr. 235 v. 10. 10. 66, Leitartikel aus Franken A.

[2] M. J. Nr. 236 v. 11. 10. 66, Leitartikel aus Franken A.

[3] Siehe ebendaselbst. Dies ist allerdings die einzige derartige Aeußerung aus dem Jahre 1866. Das K. V. äußert sich nicht über die Frage des Anschlusses an Preußen.

gemeinschaftliche Kriegführung ermöglichte [1]. Das hieße, so erklärte ein bayerischer Mitarbeiter des Journals [2], sich Preußen voll und ganz verschreiben, „im Voraus jeder anderen Allianz abschwören, auf die Neutralität verzichten und sich Hals über Kopf in alle beliebigen Schicksale und Unternehmungen Preußens hineinstürzen" . . . „So unterwirft uns Fürst Hohenlohe vollständig der preußischen Kriegslust und steigert diese durch die Gewißheit, über das süddeutsche Heer verfügen zu können". Komme der weitere Bund zustande, so könne von einer Aufrechterhaltung der bayerischen Souveränität nicht mehr die Rede sein, vielmehr führe dieses Programm „unbedingt" den politischen Ruin Bayerns herbei. „Denn siegt Preußen, so haben wir den Einheitsstaat, siegt es nicht, dann sind wir Kompensationsmaterial". Überdies, so behauptete der Einsender ohne die geringste Rücksicht auf die entgegengesetzte Stellung, die das Blatt im August 1866 eingenommen hatte, führe das Programm, da es Bayern ein massenhaftes stehendes Heer aufzwinge, auch „zum finanziellen und ökonomischen Verderben, unter Vernachlässigung der geistigen Seiten des Volkslebens und unter steter Gefahr für die freiheitliche Entwickelung". Daß man „für Preußen Blut und Geld opfern soll, das ist — Poesie. Es gibt seit Sadowa kein Deutschland mehr und um Preußen für Deutschland anzusehen, muß man Preuße geworden sein. Daß man in Berlin den „deutschen Köder" aushängt, ist sehr begreiflich, daß man aber in München daran anbeißt, ist — weder vom deutschen noch vom bayerischen Standpunkte zu begreifen" [3].

Folgerichtig begleitete das Journal auch die zum Zweck der Verwirklichung des Hohenloheschen Programms anfangs Februar 1867 nach Stuttgart zusammengerufene süddeutsche Ministerkonferenz mit Mißtrauen. Einem anscheinend in Würzburg beheimateten Mitarbeiter des Journals galt es als ausgemachte Tatsache, daß die ganze Konferenz „von Preußen veranlaßt und mit einer Art von Programm versehen" worden sei [4]. Er erhoffte von ihr daher auch nichts gutes für die süddeutschen Staaten, am allerwenigsten die Grün-

---

[1] Vergl. Denkwürdigkeiten des Fürsten Hohenlohe, 1. B., S. 196 f.

[2] und [3] M. J. Nr. 27 v. 1. 2. 67, Leitartikel ξ vom Rhein.

[4] Vergl. darüber wie über das folgende M. J. Nr. 39 v. 15. 2. 67, Leitartikel Würzburg **.

dung des im Prager Frieden vorgeschlagenen Südbundes. Käme in Stuttgart dennoch ein Südbund zustande, so würde er sicherlich „nicht ernstlich gemeint, nicht lebensfähig sein, um ja keinen Widerstand bieten zu können; er darf nur eine diplomatische Maske dem Ausland gegenüber sein, um zu dem „nationalen" Band zu berechtigen, das sich zweifelsohne in militärischer und volkswirtschaftlicher Unterwerfung der Südstaaten unter Preußen bekunden wird". Preußen wolle nämlich mit einer Militärorganisation nach preußischem Muster, verbunden mit einem Vertrage über Unterstellung des Heeres unter preußischen Oberbefehl im Kriegsfall und mit dem Zollverein Süddeutschland festhalten, um es nie mehr aus seiner Machtsphäre zu verlieren. So werde diese Konferenz nur dazu helfen, die „Wege zum Eingehen" in den Nordbund immer mehr und mehr zu ebnen, immer mehr „sanfte und unsanfte Zwangsmittel" zu schaffen, bis endlich „das preußische Reich deutscher Nation hergestellt, die hohenzollernsche Hausmacht zur einzigen Macht" geworden sei.

Von demselben Standpunkte aus beurteilte ein Mitarbeiter [1], der vielleicht von München aus schrieb, dessen Ansichten aber so auffällig mit denen des Würzburger Korrespondenten übereinstimmen, daß es nicht unvermerkt bleiben darf, das Ergebnis der Konferenz. Wäre nicht der preußische Oberbefehl vorgesehen, so könnte man schließlich hoffen, daß bei der Ausführung der Beschlüsse „ein gut Stück Einigung" unter den vier süddeutschen Staaten erzielt werde. So aber sei alles nur dazu bestimmt, „eine Art Tapete oder Theatermalerei zu bereiten, um jenen Südbund vorzustellen", welchen der Prager Friede meine, und mit dem dann der Nordbund, der auch „nur eine andere Tapete für das preußische deutsche Reich" sei, in ein „nationales" Verhältnis treten solle. Dieses „nationale" Verhältnis werde jedoch sicher nur im Zollverein und in einer Militärorganisation nach preußischem Muster mit dem preußischen Oberbefehl bestehen, und das Ende vom Lied wäre dann doch nur das Preußischwerden. Daß es nicht soweit komme, dafür müßten nun die süddeutschen Abgeordneten-Kammern sorgen. Da die Kammern nicht zusammen waren, richtete das Journal einstweilen ein richtiges Trommelfeuer gegen den Gedanken der Heeres-

[1] M. J. Nr. 61 v. 14. 3. 67, Bayern ξ.

organisation nach preußischem Muster als den augenblicklich am meisten im Vorderplan liegenden Teil des Weges, der die Südstaaten zu Preußen hinführen konnte. Nicht nur ließ es die bayerischen Mitarbeiter ihre leidenschaftliche Kritik daran fortsetzen, sondern auch die Redaktion nahm nun Stellung dagegen. Der eine der bayerischen Mitarbeiter hatte schon am 1. Februar 1867 eine „volkstümliche Wehrverfassung ähnlich der schweizerischen mit möglichster Beseitigung des kostspieligen und vielfach nachteiligen Kasernenlebens" gefordert. Vierzehn Tage später erkannte der seine Beiträge aus Würzburg datierende Leitartikler [1] in der Heeresorganisation nach preußischem Muster nur noch das Bestreben, Süddeutschland für immer an Preußen zu heften. Ein *G* gezeichneter und aus München datierter Artikel versichert, die Heeresorganisation sei nur „der Anfang eines recht kostspieligen und leidigen Vasallentums" unter Preußen, demgegenüber es doch vorzuziehen wäre, „lieber gleich ganz preußisch zu werden" [2]. Die Redaktion aber wandte sich gegen den preußischen Militarismus selbst; es sei „der Krebsschaden des Wohlstandes wie der politischen Freiheit und möglichenfalls, wenn der gespannte Bogen brechen oder seine Sehne erlahmen sollte, selbst der Untergang der Monarchie" [3].

Nicht ebenso beurteilte das Volksblatt die Anfänge Hohenlohes. Schon im Jahre 1866 hatte es die Aufmerksamkeit seiner Leser auf die Möglichkeit der Begründung eines Südbundes gelenkt. Es hätte am liebsten gesehen, wenn der Südbund sofort nach dem Friedensschluß seine Verwirklichung fand [4]. Der Grund dafür ist darin zu suchen, daß es, wie wir bereits erfuhren, über die durch den Krieg geschaffene Zerstückelung Großdeutschlands und über die Vereinzelung Süddeutschlands sehr mißvergnügt war. Es versprach sich von der Gründung eines Südbundes eine Besserung. Er schien ihm „am ehesten" geeignet zu sein, „die zerrissenen Glieder des großen deutschen Vaterlandes" wieder zusammenzufügen, der Vereinzelung der Südstaaten, die für sie ein „mehr als zweifelhaftes Glück" bedeute, ein Ende zu bereiten und so Süddeutschland wieder „ein geachtetes Wort" im Rate der Völker

---

[1] M. J. Nr. 39 v. 15. 2. 67, Leitartikel: Aus Würzburg **.
[2] M. J. Nr. 120 v. 23. 5. 67, Leitartikel *G* München.
[3] M. J. Nr. 21. 3. 67, Leitartikel P.
[4] K. V. Nr. 17. 9. 66, S. 294.

zu verschaffen [1]. Deshalb begrüßte es im Gegensatz zum Journal das Hohenlohesche Programm vom 19. Januar 1867 und die Stuttgarter Konferenz vom Februar 1867. Zwar war es sich wohl bewußt, daß man bei der großen Preußenfreundlichkeit Hohenlohes keine zu große Hoffnungen hegen dürfe, aber es sah „gegenüber der vollständigen Untätigkeit und dem verzweifelten Sichgehenlassen", gegenüber „der Planlosigkeit und Hoffnungslosigkeit" der letzten Monate darin doch „etwas", einen „frischen Hauch . . . ., ein erfreuliches Zeichen, wie den ersten schwachen Atemzug eines Teuren, den wir verloren glaubten und dessen sich langsam hebende Brust wieder Leben bekundet". Ja, es glaubte sogar nicht zuviel zu hoffen, wenn es von der Stuttgarter Konferenz neben einer militärischen auch eine politische Einigung Süddeutschlands erwartete, für die es selbst eine Annäherung an Preußen mit in Kauf zu nehmen bereit war [2]. Als aber durch die Konferenz nur eine Einigung auf militärischem, dagegen nicht auf politischem Gebiete erzielt wurde, sah sich das Blatt in seinen Hoffnungen derartig enttäuscht, daß es mit der Äußerung seines ganzen Unwillens über einen solchen Ausgang der Konferenz nicht mehr zurückhielt. Die Stuttgarter Übereinkunft biete noch weniger, als den Norddeutschen gleichzeitig in dem Entwurf ihrer Bundesverfassung geboten werde. Nirgends sei in den kurzen Aktenstücken von Vereinbarungen über ein Südbundparlament, über eine gemeinsame Gesetzgebung gleich der der norddeutschen Brüder die Rede. Das sei eine Einigung, die „nur" den Geldbeutel in Anspruch nehme und deshalb ganz dazu geeignet wäre, dem Aufgehen in Preußen Tor und Tür zu öffnen. „Wenn Bismarck die Konferenzbeschlüsse gemacht hätte, er hätte sie mit Berücksichtigung seiner Absichten auf Süddeutschland nicht besser fertig gebracht". Ganz verbittert fügte es nochmals hinzu: „Nur Lasten und immer wieder Lasten — das haben wir Süddeutschen gemeinsam; im übrigen leben wir ruhig in den Tag hinein weiter" [3]. Fortan widmete es den Südbundbestrebungen keine Beachtung mehr.

Eben in denselben Tagen übergab Ketteler sein Buch: „Deutschland nach dem Kriege von 1866" der Öffentlichkeit. Den früher ge-

---

[1] K. V. Nr. 5 v. 3. 2. 67, S. 39.
[2] Vergl. K. V. Nr. 5 v. 3. 2. 67, S. 39.
[3] K. V. Nr. 11 v. 17. 3. 67.

äußerten Wunsch, die Ausschließung Österreichs aus Deutschland möge keine dauernde sein, gab er jetzt preis. Er hatte den ersten Schmerz über die Niederlage Österreichs überwunden, auch den Kampf mit sich selber, mit seinen sich widersprechenden Sympathien für das eigene Vaterland Preußen und für das katholische Kaiserhaus Österreich, an dem alle seine Hoffnungen für den Katholizismus hingen, ausgefochten und das innere Gleichgewicht wiedergefunden. Nein, ein Großdeutschland unter österreichischer Führung sei ohne einen neuen „blutigen Bruderkrieg" mit all seinen Greueln und Wechselfällen jetzt nicht mehr möglich. Aber auch von einer Zweiteilung Deutschlands, einem norddeutschen Bund unter Preußen und einem süddeutschen unter Österreich, beide Bünde mit ähnlicher Verfassung, mit ähnlicher Selbständigkeit der Einzelstaaten und ähnlicher Macht der einheitlichen Reichsgewalt, untereinander innig miteinander verbunden, wollte er nichts wissen. Zwar „wäre diese Gestaltung, nachdem die volle Einheit des Reiches unmöglich geworden, die gerechteste und jene, welche den tatsächlichsten Verhältnissen am meisten entspräche", aber „jetzt scheint auch diese Gestaltung unmöglich geworden, nachdem Österreich aus Deutschland ausgetreten ist und wir nicht einmal wissen, ob es nicht seiner inneren Zustände wegen auf jede deutsche Politik vorläufig zu verzichten beschlossen hat". Vollends unbrauchbar erschien ihm die Triasidee, die je einen besonderen Nordbund und Südbund bilden und beide mit den deutschen Ländern Österreichs zu einem weiteren Bund zusammenfassen wollte. Denn dadurch werde die Lage der Mittelstaaten unhaltbar. „Wenn nicht einen Bund unter Österreich bildend werden sie unfehlbar entweder von dem preußisch-deutschen Einheitsstaat verschlungen werden zugleich mit den noch bestehenden Kleinstaaten des Nordbundes — oder sie müssen sich mit den Nordstaaten unter Preußens Führung zu einem über ganz Deutschland mit Ausnahme Österreichs sich erstreckenden Bundesreiche vereinigen".

Der einzig gangbar gebliebene Weg zur Lösung der deutschen Frage und um von Deutschland das größte aller Übel, nämlich dessen völligen Ruin und seine schmachvolle Abhängigkeit vom Auslande abzuwenden, sei „im Augenblick nur noch der Anschluß an den Nordbund und ein inniges Bündnis mit Österreich". „Wenn aber die Vereinigung des deutschen Südens mit dem deutschen Norden unter Preußens Führung und in unauflöslichem Bunde mit Österreich eine Hoffnung

auf Gedeihen haben und das deutsche Rechtsbewußtsein zufriedenstellen soll, so muß die berechtigte Selbständigkeit der deutschen Länder darin ihre sichere Gewährung finden und muß Preußen auf den schließlich nur zu einer Revolution führenden Einheitsstaat verzichten und nicht die Mehrung seiner Hausmacht, sondern die Größe und Freiheit Deutschlands und in ihm aller deutschen Stämme, Länder und Fürsten als seine Aufgabe betrachten". „Wir fordern . . . Selbstregierung in vollkommenster Ausdehnung, soweit dadurch nicht andere wohlerworbene Rechte gekränkt werden, statt Zentralisation; wir fordern Teilnahme des Volkes am öffentlichen Leben, so weit dadurch die Einheit der Regierung und das monarchische Prinzip — das uns kein Absolutismus ist — nicht verletzt wird!" Daneben aber forderte der katholische Kirchenfürst für seine Kirche die Erhaltung und Übertragung der die Freiheit der Kirche gewährleistenden preußischen Verfassungsbestimmungen auf die anderen Preußen sich anschließenden Staaten. „Wir betrachten die preußischen Verfassungsbestimmungen als eine wahre Magna charta des religiösen Friedens für das religiös gemischte Deutschland und glauben daher, daß alle, die den religiösen Frieden in Deutschland lieben, sich in der Erhaltung derselben und Ausdehnung auf die anderen betreffenden Länder die Hand reichen sollten".

Das Journal brachte wohl größere Auszüge aus dem Buche Kettelers, besprach es auch in zwei Leitartikeln[1]. Allein es griff darin vor allem diejenigen Punkte heraus, welche von den „wohlerworbenen Rechten" des Volkes und von der Freiheit der Kirche handelten. Im übrigen aber ließ sich das Blatt von seiner bisherigen Politik gegen Preußen durch den Bischof nicht abbringen. Das Volksblatt würdigte das Buch nicht einmal einer Erwähnung.

Unterdessen war im Norden Bismarck daran gegangen, seinem neugeschaffenen Werk, dem Norddeutschen Bunde, eine Verfassung zu geben. Nach längeren Beratungen mit Bevollmächtigten der verbündeten Regierungen legte er den Verfassungsentwurf am 3. März 1867 dem zur Beratung der Verfassung gewählten Reichstage vor. Der Entwurf wahrte die föderalistischen und dynastischen Überlieferungen des deutschen

---

[1] M. J. Nr. 49 v. 27. 11. 67, Leitartikel ⊁ und Nr. 56 v. 8. 3. 67, Leitartikel Bayern H.

Staatslebens mit bemerkenswerter Sorgfalt. Wohl sollte auch das Volk in einem Parlament, dem Reichstag, seine Vertretung finden und an der Gesetzgebung mitwirken. Das Budgetrecht des Reichstages aber war kümmerlich ausgebildet. Bismarck konnte im Laufe der Beratung nicht anders als hierin noch erhebliche Zugeständnisse zu machen, auch die Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers zuzugestehen.

Das Journal würdigte weder den auf die Wahrung der einzelstaatlichen Selbständigkeit bedachten Grundgedanken des Entwurfes noch seine Umgestaltung im konstitutionellen Sinne. Das Ergebnis der Reichstagswahlen hat ein Berliner Korrespondent mit der kurzen Bemerkung abgetan, daß Bismarck durch sie ein Parlament ganz nach seinem Wunsche erhalten habe, die überwiegende Mehrzahl der gewählten Abgeordneten stünde auf seiner Seite [1]. Er behauptete demgemäß auch, daß der Entwurf der Verfassung, der übrigens wie ein „kaltes Bad" auf die Bevölkerung des Nordbundes wirken müsse [2], ohne größere Änderungen angenommen werden würde [3]. Nach der Annahme der Bundesverfassung im Reichstage rühmte er sich dann, den „glänzenden Sieg" Bismarcks vorausgesehen zu haben [4]. Es sei allerdings traurig, daß ein solches Werk, das alle Volksrechte lahmlege [5], angenommen worden sei. Bismark habe es verstanden, seine Leute richtig anzufassen. So oft sie ihm hätten opponieren wollen, habe er ihnen mit seinem Rücktritt oder damit gedroht, daß das ganze Einigungswerk ins Nichts zurücksinken werde. Solche Drohungen hätten bei seinen „Anbetern" regelmäßig Erfolg gehabt [6].

Etwas anders lautete die Ansicht des Volksblattes über den Entwurf. Es beneidete seine „norddeutschen Brüder" um das gemeinsame Parlament und die gemeinsame Gesetzgebung [7]. Zufrieden war es jedoch mit dem Entwurf der Nordbundverfassung auch nicht. Es hatte daran hauptsächlich auszusetzen, daß den Einzelstaaten des Bundes

[1] M. J. Nr. 45 v. 22. 2. 67, Berlin *//.
[2] M. J. Nr. 51 v. 1. 3. 67, Berlin *//.
[3] M. J. Nr. 59 v. 12. 3. 67 und Nr. 62 v. 15. 3. 67, Berlin //*.
[4] M. J. Nr. 92 v. 19. 4. 67, Berlin //*.
[5] M. J. Nr. 94 v. 21. 4. 67, Berlin //*.
[6] Vergl. Anm. 4 und 5.
[7] K. V. Nr. 11 v. 17. 3. 67.

die Gesetzgebung in Beziehung auf eine Reihe der wichtigsten Gegenstände, so namentlich im ganzen Bereiche des Handels entzogen worden sei und die Militärgewalt und Vertretung bei den auswärtigen Mächten in den Händen Preußens liege [1]. Nach der Annahme der Nordbundverfassung äußerte sich das Volksblatt nicht mehr zur Sache.

Preußens rasches Emporkommen hatte in Frankreich eine große Verstimmung über die Politik Napoleons hervorgerufen. Um ihr zu begegnen, und um aus der Umwälzung in Deutschland wenigstens in bescheidenem Maße Gewinn zu ziehen, suchte nun Napoleon das Großherzogtum Luxemburg mit Frankreich zu vereinigen. Luxemburg gehörte bis zum Jahre 1866 dem Deutschen Bunde an, und dessen Hauptstadt hatte noch eine preußische Besatzung. Staatsrechtlich lebte das Land in Personalunion mit den Niederlanden. Der König der Niederlande blieb nicht unempfindlich für das Angebot Napoleons, ihn für den Besitz des abgelegenen Gebietes mit 4—5 Millionen Franken zu entschädigen. Allein die Bevölkerung in Deutschland geriet in die stärkste Erregung, sobald sie von dem Plane Napoleons erfuhr. Unter ihrem Drucke schien es zwischen Berlin und Paris zu einem Waffengang zu kommen. Österreich und Rußland wirkten für den Frieden. Rußland schlug vor, die Streitfrage einer europäischen Konferenz in London zur Entscheidung zu unterbreiten. Auf ihr wurde die Luxemburger Frage im Mai 1867 in dem Sinne erledigt, daß das Großherzogtum neutralisiert und die Festung Luxemburg geschleift wurde [2].

Mit dieser wichtigen politischen Frage beschäftigte sich das M. J. erst nach der ihr geltenden Interpellation des Abgeordneten von Bennigsen im Norddeutschen Reichstag vom 1. April 1867. Die Redaktion machte zunächst die kurze Bemerkung, daß in dieser Frage nur der nationale Gesichtspunkt maßgebend sein dürfe. Unter keinen Umständen dürfe man dulden, daß deutsches Land in französische Hände komme, auch nicht um dessentwillen, „weil man vielleicht in Berlin meint, es sei zur Verteidigung der preußischen Staaten nicht mehr nötig“ [3]. Noch

---

[1] K. V. Nr. 1 v. 6. 1. 67 S. 6.

[2] Vergl. darüber v. Sybel: Die Begründung d. D. R., Bd. 6, S. 98 f. u. Brandenburg: Reichsgründung, 2. Bd., S. 247 f.

[3] M. J. Nr. 77 v. 2. 4. 67, Leitartikel ohne Zeichen.

in der gleichen Nummer aber dürfte sie unter dem Zeichen Wien[1] ganz deutlich geworden sein. Sie drückte ihre Freude darüber aus, daß Österreich „in der glücklichen Lage" sei, sich neutral halten zu können. Nachdem Österreich aus Deutschland ausgeschieden und da eine Bedrohung österreichischer Interessen nicht zu besorgen sei, könne ihm der Ausgang der Luxemburgischen Frage gleichgültig sein. Seine Aufgabe bestehe nur darin, dafür zu sorgen, daß der sich etwa entwickelnde Krieg keine europäischen Dimensionen annehme. Entsprechend fand das Blatt[2] am 25. April in Nr. 96 es auch ganz und gar am Platze, daß Österreich den ihm von Preußen und Bayern durch den Grafen Tauffkirchen gemachten Vorschlag eines Verteidigungsbündnisses ablehnte, worin die beiden Regierungen dem Donaureiche die Garantie seiner deutschen Besitzungen für immer und seiner ungarischen auf eine näher zu verabredende Zeit zusagten[3]. Österreich müsse sich jetzt vom Nützlichkeitsstandpunkt leiten lassen. Wenn Preußen wolle, daß Österreich zu Gunsten Preußens in dem bevorstehenden Kampf eingreife, so möge es für die von Österreich zu bringenden Opfer ein entsprechendes Äquivalent bieten, eine Revision des Prager Friedens zu Gunsten Österreichs. Am 8. Mai feierte die Redaktion Österreich offen als den Retter Deutschlands und forderte seine Wiederaufnahme in Deutschland[4]. Als sich aber wider ihr Erwarten Graf Beust in London doch um die Beilegung des Streites bemühte, dankte sie es ihm nicht, sondern spottete, daß ihm die preußische Regierung für seine Dienste ihren lebhaftesten Dank ausgesprochen habe[5]. Höhnisch ließ sie eine Berliner * Korrespondenz[6] fragen: „Das ist doch wohl derselbe Beust, dessen Aufgeblasenheit und Beschränktheit wir hier in den Theaterkuplets nach allen Melodien haben besingen hören?"

Berliner Korrespondenten äußerten sich ausführlich zur Luxemburger Frage schon vom 3. April ab, ebenso der bayerische Mitarbeiter vom Lech. Dieser[7] nahm einen ganz negativen Standpunkt, einen Standpunkt der Verärgerung ein. Die Schuld an dem Streit trage

---

[1] Siehe darüber S. 16 f.
[2] Wien *. Siehe darüber S. 16 f.
[3] Vergl. darüber Sybel, 6. Bd., S. 126.
[4] M. J. Nr. 124, Leitartikel *.
[5] M. J. Nr. 117 v. 19. 5. 67, Leitartikel ohne Zeichen.
[6] M. J. Nr. 117 v. 19. 5. 67.
[7] M. J. Nr. 91 v. 18. 4. 67.

„nur" Preußen, „nur" seine „Herrsch-, Annexions- und Zentralisationssucht". Es sei nichts daran gelegen, ob Luxemburg in die Hände der Franzosen komme oder nicht. Die Frage sei gar keine deutsche Frage, sondern nur eine Frage der preußischen Hausmachtpolitik. Der Mitarbeiter wehrt sich daher entschieden gegen die Zumutung der „Hohenloher", daß Bayern für Luxemburg unbedingt ins Feld ziehen müsse. Das bayerische Volk habe weder Geld für Preußens Zwecke in Luxemburg noch Lust, seiner Söhne Blut für eine neue Vergrößerung der Hohenzollernschen Hausmacht hinzugeben. Ja, wenn es sich um Gesamtdeutschland handelte, ginge Bayerns Volk mit. „Aber für Kleindeutschland mit und ohne Luxemburg hat unser Volk keine Sympathie, wenn es sich auch in das allenthalben vorbereitete Schicksal, preußisch zu werden, mehr oder minder gutwillig fügen wird". Drei Wochen später [1] nannte er die „Luxemburgerei" glatt heraus einen „Schwindel", den Bismarck „mit lachendem Munde" im Norddeutschen Reichstag zu Gunsten einer Anlehnung der Südstaaten an den Nordbund auszubeuten verstanden habe. Selbst das Mittel der Verleumdung scheute er dabei nicht; denn den Ausdruck „Schwindel" suchte er durch die Behauptung zu stützen, daß Bismarck Napoleon früher schon Land und Stadt Luxemburg aus freien Stücken versprochen habe und auch jetzt noch bereit sei, sie Napoleon preiszugeben, falls sich dieser zu einem neuen Bündnis gegen Österreich verstünde. Käme es aber zu einem preußisch-französischen Kriege, so sah der Mann die Dinge nicht rosiger an. Dann werde Süddeutschland von den Preußen ruhig den Franzosen preisgegeben und zum Schlachtfeld gemacht werden. Es könne nur seine Selbständigkeit verlieren, gleichgültig ob Frankreich oder Preußen siege [2].

Mit der Überweisung der Frage an eine Konferenz verlor sie ihr Interesse für den bayerischen Mitarbeiter. Nur die Berliner Korrespondenzen verfolgten sie bis zum Austrag. Sie gaben anfangs der Erwartung Ausdruck, daß Bismarck eine Abtretung Luxemburgs an Napoleon schon mit Rücksicht auf seinen „Nimbus" und den „Beruf Preußens" niemals dulden werde [3]. Mit Freuden begrüßte es daher

---

[1] M. J. Nr. 108 v. 9. 5. 67.

[2] M. J. Nr. 91 v. 18. 4. 67.

[3] M. J. Nr. 78 v. 3. 4. 67, Berlin * und Nr. 82 v. 7. 4. 67 Berlin //*.

auch ein Berliner ? Korrespondent [1], als der König von Holland vom Verkauf seines Großherzogtums endgültig Abstand nahm. Es wäre „eine unauslöschliche Schmach" für den Norddeutschen Bund gewesen, „wenn er seine Gründung mit der Abtretung deutschen Gebietes erkauft hätte". Aber die Angelegenheit dürfte damit nicht erledigt sein. Um Napoleon die Kompensationsgelüste für immer auszutreiben, wünschte der Korrespondent, daß „ihm offen und ernstlich entgegengetreten" werde. „Erst dann wird aus dem stets drohenden „Aufgeschoben ist nicht aufgehoben" für immer „Aufgeschoben ist aufgehoben". Und daß es endlich dazu komme — erfordert die Ehre und die Sicherheit des deutschen Volkes". Daher hatte der Konferenzvorschlag nicht den Beifall des Korrespondenten [2]. Vollends unzufrieden aber war er mit der Lösung, die die Konferenz für den Luxemburger Handel fand. Er sah in der Neutralisierung Luxemburgs keine Deutschlands würdige Lösung, denn „die Neutralisierung Luxemburgs ist gleichbedeutend mit der Annektion Luxemburgs an Frankreich; faktisch würde letztere sofort mit der Neutralisierung eintreten und es würde nicht lange dauern, so würde sie auch vollzogen werden". Deutschland müsse diese Lösung unbedingt ablehnen, um so mehr, als auch militärische Gründe gegen eine Neutralisierung Luxemburgs sprächen. „Denn es ist in einem Krieg nicht genug, daß die feindliche Macht diesen oder jenen strategisch wichtigen Punkt nicht besitzt, sondern es kommt vor allem darauf an, daß der Verteidiger ihn selbst habe, wenn ihm die Möglichkeit der Verteidigung nicht gänzlich abgeschnitten sein soll" [3]. Er oder ein anderer Berliner Korrespondent [4] klagte, daß die diplomatische Partei mit Bismarck an der Spitze die Oberhand gewonnen und einfach „gegen den nationalen Willen Frieden gemacht" habe. Man habe „ein altes deutsches Bundesland" preisgegeben, „das, wenn es auch in den letzten fünfzig Jahren nur lose mit Deutschland zusammenhing, doch immer noch zu Deutschland gehörte und dessen Zusammengehörigkeit jetzt wieder eine innigere und lebendigere hätte werden müssen und können". Da könne man doch nicht mehr — wie es die Konservativen und Liberalen entgegen ihren früheren Forderungen täten — davon reden, daß die Ehre

---

[1] M. J. Nr. 84 v. 10. 4. 67, Berlin ?.

[2] und [3] M. J. Nr. 90 v. 17. 4. 67, Berlin //*.

[4] M. J. Nr. 116 v. 18. 5. 67, Berlin *+.

Preußens und Deutschlands gerettet, die Position Deutschlands verstärkt und der Friede gesichert sei. Im Gegenteil, die Bismarckische Politik habe eine entschiedene Niederlage erlitten [1].

Das K. V. sah, erbittert über die im vergangenen Jahr erlittene Niederlage Österreichs, im ersten Augenblick nicht ungern, daß Preußen von Frankreich in die Enge getrieben wurde; nun könne Preußen die erste Probe auf seinen „deutschen Beruf" liefern. Hoffentlich werde sich die „norddeutsche Großmacht" als deutsche Macht bewähren, zumal Se. Majestät der König von Preußen selber erklärt habe, daß kein deutsches Dorf für Deutschland verloren gehen dürfe; die Abtretung eines ganzen deutschen Landes müsse daher zu den Unmöglichkeiten gerechnet werden. Preußen möge jedoch im Kriegsfall nicht etwa auf Österreichs Hilfe rechnen, denn zu solcher Hilfe habe Österreich weder mehr das Recht noch die Pflicht [2]. Bald darauf aber gewann der aufrichtige Wunsch, Luxemburg bei Deutschland zu erhalten, die Oberhand. Gerne nahm die Redaktion Notiz von den Worten, die Bismarck anläßlich der Beantwortung der von Bennigsenschen Interpellation im Norddeutschen Reichstag gesprochen hatte. Sie fand darin den besten Beweis dafür, „daß Preußen den Rechten der deutschen Staaten und Bevölkerungen in dieser Frage nichts zu vergeben gesonnen sei" [3]. Die Frage, ob Süddeutschland im Kriegsfall Preußen zu unterstützen hätte, bejahte das Blatt nicht geradezu; es bemerkte aber, daß sich dann die süddeutschen Schutz- und Trutzbündnisse zum ersten Mal als niet- und nagelfest zu erproben hätten [4]. Seine innerste Meinung offenbarte es wohl auch in dem Ausdruck der Meinung, daß zur Beunruhigung keine Ursache vorhanden sei, da Frankreich sich wohl hüten werde, „den Kampf mit Deutschland allein aufzunehmen" [5]. Entsprechend verhielt es sich auch zu der Mission des Grafen Taufkirchen nach Wien nicht ablehnend, sondern benützte sie nur, um wieder für Österreich zu werben und dem Volke die Notwendigkeit einer Wiedervereinigung Österreichs mit Deutschland zu demonstrieren. Graf

---

[1] M. J. Nr. 119 v. 22. 5. 67.
[2] K. V. Nr. 14 v. 7. 4. 67, S. 110.
[3] K. V. Nr. 15 v. 14. 4. 67, S. 118.
[4] K. V. Nr. 16 v. 21. 4. 67, S. 126.
[5] K. V. Nr. 15 v. 14. 4. 67, S. 119.

Bismarck selber, „der Allmächtige an der Spree, das Alpha und Omega der politischen Weisheit eines Braun, Miquel, von Bennigsen und Konsorten", habe durch die Sendung des Grafen zugegeben, daß Preußen allein nicht im Stande sei, Deutschland zu schützen. Preußen habe im Falle eines Krieges mit Frankreich vollauf damit zu tun, sich der eigenen Haut zu wehren und sei „nicht Willens und nicht einmal im Stande", auch Süddeutschland gegen einen französischen Angriff zu schützen. Die süddeutschen Staaten aber wären „bei dem kläglich unfertigen Zustande ihrer Armeen" kaum im Stande ihre Festungen zu besetzen, „geschweige denn einer französischen Armee im Felde gegenüberzutreten", sodaß ganz Baden und das bayerische Franken einem feindlichen Angriff offen daliegen würden. „Dieses Anrufen Österreichs in der ersten Not, die das neugegründete deutsche Reich preußischer Nation trifft, ist" daher „der größte Triumph der großdeutschen Idee, d. h. des Gedankens, daß zwar Preußen das Schwert, aber Österreich der Schild Deutschlands sei, gegen jede Gefahr, die ihm von Ost oder West, Nord oder Süd droht, und daß wir so wenig des Schildes wie des scharfen preußischen Schwertes entbehren können" [1]. Das Ergebnis der Londoner Konferenz konnte nach alledem das K. V. nicht befriedigen. Es sei „unendlich demütigend und traurig", daß die Neugestaltung Deutschlands sofort mit der Dreingabe eines Landes beginne, das selber der Wiener Kongreß bei Deutschland zu belassen für gut befunden habe und das „bereits deutsch war, als der deutsche Norden teils von Urwald bedeckt, teils von vagabundierenden Slavenhorden bewohnt war". Man könne die preußische Regierung auch nicht damit entschuldigen, daß Luxemburg selber keine große Anhänglichkeit an Deutschland gezeigt habe. Denn „Gleichgültigkeit der Luxemburger ist kein Grund für Deutschland, dieses Grenzland, wie es jetzt geschehen, aufzugeben" [2].

Bismarck hatte sofort, als Napoleon die Luxemburger Frage aufrollte, und noch vor der Bennigsenschen Interpellation die bereits im August 1866 zwischen Preußen und den drei süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg und Baden abgeschlossenen [3] Geheimverträge

---

[1] K. V. Nr. 18 v. 5. 5. 67, S. 142.

[2] K. V. Nr. 20 v. 19. 5. 67, S. 156.

[3] Hessen ging erst am 11. 4. 67 dieses Bündnis mit Preußen ein.

bekannt gegeben, worin sich die Kontrahenten die Integrität ihres Gebietes gewährleisteten und im Kriegsfall die süddeutschen Heere unter preußischen Oberbefehl stellten. Waren nun die süddeutschen Partikularisten schon scharfe Gegner einer Heeresorganisation nach preußischem Muster, so waren sie erst recht gegen eine Allianz, durch die sie sich voll und ganz an Preußen verkauft glaubten. Verhältnismäßig ruhig behandelte wiederum das K. V. die Veröffentlichung. Das Blatt hielt es für selbstverständlich, daß man „im Fall eines Angriffs auf deutsches Gebiet" mit dem Norden treu und fest zusammenhalten müsse. Die Verträge aber sprächen von einer unbedingten Verpflichtung zur Heeresfolge. Darin erblickte die Redaktion eine große Gefahr für die Südstaaten. Man habe nämlich keine Gewähr dafür, daß es Preußen nicht auch einmal einfallen könnte, zu Eroberungszwecken eine fremde Macht anzugreifen. Auch die im Allianzvertrag vereinbarte Übertragung des Oberbefehls über die süddeutschen Armeen an Preußen gefiel dem K. V. nicht; es sah darin eine Entäußerung von Souveränitätsrechten, zu der die Minister ohne Zustimmung der Landtage garnicht befugt gewesen seien [1]. Im M. J. kamen nur bayerische Stimmen zu den Allianzverträgen zu Wort. Die Veröffentlichung bedeutete sichtlich eine Überraschung für sie. Sie überschütteten die bayerische Regierung mit Vorwürfen, daß sie das Volk solange Zeit darüber im Unklaren gelassen [2] und einen Vertrag eingegangen habe, durch den das Volk in ein „Gehörigkeitsverhältnis zu Preußen" gerate [3]. Voll bitterer Ironie ruft einer der Mitarbeiter aus [4]: „O unser Volk ist glücklich, daß es nun seine Söhne, sein Blut dem König von Preußen zur Verfügung stellen darf für dessen Kriege, für die Mehrung der Hausmacht von Hohenzollern und für das preußische Reich deutscher Nation. Unser Volk ist glücklich, daß es jetzt auch „ein Volk in Waffen" ist, — für den König von Preußen; daß Bayern ein Militärstaat wird und darum doppelte Steuern bezahlen und seine Arbeitskräfte in die Kaserne abgeben darf; daß Bayern im Kriege Geld in Masse und Kanonen liefern und wahrscheinlich zum ersten und ärgsten Kriegsschauplatz werden muß, — alles

---

[1] K. V. Nr. 13 v. 31. 3. 67, S. 102.

[2] und [4] M. J. Nr. 74 v. 29. 3. 67, Leitartikel ξ aus Bayern.

[3] M. J. Nr. 76 v. 31. 3. 67, Leitartikel × aus Bayern.

für unseren obersten Kriegsherrn, den König von Preußen! Unser Volk ist entzückt darüber, daß es so sinnig, so wohlfeil und so erfreulich der Diplomatie gelang, einen überaus schlagenden Beweis für das bereits 60jährige Sprichwort zu bieten: „Bei Gott und in Bayern ist alles möglich“. Die Überraschung war so vollständig, daß den Herren anfangs gar nicht der Einfall kam, ob noch eine Rettung „aus den Zangen jenes Geheimvertrages“ möglich sei. Wo die Regierung ihre höchsten Rechte wegwerfe, brauche, so sagte einer, auch das Volk nicht mehr bayerischer zu sein, als die bayerische Staatsregierung[1]. Die verdrossene Weigerung des Mitarbeiters vom Lech, daß Bayern in der Luxemburgischen Angelegenheit seine deutsche Pflicht tue, dürfte noch eine Nachwirkung des ohnmächtigen Grolls über die Allianz gewesen sein.

Aber der Herren harrte noch eine weitere Probe auf ihre Nerven. Eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Staaten nach dem Kriege war, wirtschaftlich sich wieder zu vereinigen, da die Zollvereinsverträge durch den Krieg zerrissen worden waren. Bismarck war zur Erneuerung bereit, aber nur unter Bedingungen, die Preußens Stellungen im Zollverein wesentlich stärkten. Auch hierzu äußerten sich im M. J. wieder nur bayerische Mitarbeiter. Der vom Lech war gegen das neue Zollbündnis, weil er es nur für eine „wohl bereitete Zollbrücke in den Norddeutschen Bund,“ eine „schlau angelegte“ und auf Bayerns Schwachheiten berechnete „Zwickmühle“ hielt[2]. Ein *** Münchener Leitartikler[3] meinte, daß der neue Zollbund dem bayerischen Löwen das Blut aussauge, nachdem ihm das Schutz- und Trutzbündnis ein Bein gebrochen habe, und klagte bitter darüber, daß man jetzt nicht nur politisch bankerott, sondern auch materiell ruiniert sei. Auch das K. V. bedauerte diesmal, daß Süddeutschland, das bereits militärisch unter preußischer Oberhoheit stehe, „auch noch wirtschaftlich für norddeutsche Bundeszwecke“ ausgebeutet werde. In dem von Bismarck vorgeschlagenen Zollparlament würden die wichtigsten Interessen Süddeutschlands entschieden werden, ohne daß es selber bei den Beschlüssen ein ausschlaggebendes Wort mitzureden habe, während Preußen jede

---

[1] M. J. Nr. 76 v. 31. 3. 67, Leitartikel x aus Bayern.
[2] M. J. Nr. 137 v. 14. 6. 67, Leitartikel —z— vom Lech.
[3] M. J. Nr. 152 v. 3. 7. 67.

Maßnahme, jede Steuer, die ihm nicht passe, durch seine Einsprache beseitigen könne [1].

Aber so hoffnungslos wie bei der Veröffentlichung der Allianzverträge war man nicht mehr geneigt sich in die preußischen Forderungen zu ergeben. Der Umschlag, den die Aufgabe Luxemburgs durch Preußen in der Volksstimmung zur Folge hatte, ermutigte sogar zu einer nachträglichen Wiederaufnahme des Einspruchs gegen die Allianzverträge. Diese wie die Zollvereinsverträge mußten noch durch die süddeutschen Kammern genehmigt werden. Wohl war in der ausschlaggebenden bayerischen 2. Kammer eine Mehrheit für sie vorhanden. Aber nun forderten die bayerischen Mitarbeiter des M. J. das bayerische Volk auf [2], in Adressen den Fürsten zu ersuchen den Landtag aufzulösen, die liberalen Abgeordneten, die in demselben die Majorität besaßen und von denen man eine Ablehnung der Verträge nicht erwarten konnte, nach Hause zu schicken und eine Neuwahl auszuschreiben. „Es gibt nur ein Mittel Bayern zu retten und das ist die einmütige Verwerfung jenes Vertrages [3] durch die beiden Kammern des Landes. Der Fürst kann hierzu die Initiative nicht ergreifen; dies müssen die beiden Kammern tun, was aber von der jetzigen zweiten Kammer nicht zu erwarten ist. Darum setzen wir unsere Hoffnungen in den Erfolg der Adressen um Auflösung des Landtages." Dringe das Volk durch und gelinge es ihm, „durch seine altbewährte Treue die Selbständigkeit des Thrones und des Landes abermals zu retten", dann werde Hohenlohe wieder bestimmter als bisher gegen Preußen auftreten können [4]. Der Mitarbeiter vom Lech schilderte zu dem Zwecke dem Volke die Tätigkeit der bestehenden Kammer als Verderben bringend. „Heillos" wirtschafte die „sogenannte" Volksvertretung „mit Gut und Blut" anderer, indem sie sich anschicke, „das Mark des Landes und seine Selbständigkeit zu vergeuden, um sich einem harten und rauhen und gewalttätigen Gebieter an den Hals zu werfen, blos weil dieser Mann seine Annexionen mit der Frage des „deutschen Berufs" beschönige." Man müsse durch die Adreßbewegung die süddeutschen Stämme „vor einer militärischen

---

[1] K. V. 27 v. 7. 7. 67, S. 214.
[2] M. J. Nr. 152 v. 3. 7. 67.
[3] des Schutz- und Trutzbündnisses.
[4] M. J. Nr. 219 v. 20. 9. 67, Artikel S aus Rheinbayern.

Zwangsherrschaft" bewahren. Nach Annahme eines „Löwenvertrages", wie es der Zollvereinsvertrag sei, mit seinen „furchtbaren Nachteilen" für das Volk werde Bayern im deutschen Reich nur mehr die „Eselsrolle spielen" [1]; es werde im Zollparlament nicht einmal „Stimmvieh", sondern nur eine „Null" sein. Man habe in Zukunft kein Recht mehr, als Steuern an den preußischen „Oberzöllner" zu bezahlen. All das habe man nur der verdammten „Preußerei" im Lande zu verdanken [2]. Doch sei noch nicht alles verloren. Man könne noch frei bleiben „vom Joche des militärischen und staatswirtschaftlichen Preußentums", wenn man nur wolle. Das Volk solle nur Mut fassen und sich ermannen [3]. Dann könne man sich „die ungeheuren, unserem Feinde zu bringenden Opfer" ersparen [4]. Der Münchener *** Mitarbeiter wetteiferte mit dem Mitarbeiter vom Lech, um das Volk für die Adreßbewegung mobil zu machen. Bayerns edelste Aufgabe müsse sein, zwischen Preußen und Österreich zu vermitteln, um den Frieden zu erhalten. Nun aber drohe Bayern durch das Schutz- und Trutzbündnis und den Zollvertrag jede Selbständigkeit in der äußeren Politik zu verlieren und „zwischen diese gewaltigen preußischen Schrauben gesetzt, künftig nur mehr als Hohenzollernscher Vasallenstaat" zu gelten. „Und ein solcher soll zwischen Österreich und Preußen vermitteln, den Frieden zwischen beiden erhalten können? Solange man nicht der starken Bande, mit welchen uns Preußen geknebelt hat, sich entledigt, werden wir vor aller Welt nur als Preußen dritter Klasse geachtet oder mißachtet werden und zwischen niemand vermitteln als zwischen dem eigenen Volke, dem zu Gunsten Preußens immer unerschwinglichere Lasten aufgedrängt werden" [5].

Indessen auch diese Hoffnungen trogen. Schon Ende Oktober [6] mußte der Mitarbeiter vom Lech rügen, daß die Regierung die 1800 Adressen, in denen die Ablehnung des Vertrages gefordert wurde, als Humbug bezeichnet und unberücksichtigt gelassen habe. Auf die Stimmen der Bourgeoisie und der Handelskammern habe sie dagegen so großen Wert gelegt, daß man „angeblich gefährdeter und unersetzlicher Han-

---

[1] M. J. Nr. 217 v. 18. 9. 67.
[2] und [3] M. J. Nr. 234 v. 8. 10. 67.
[4] M. J. Nr. 222 v. 24. 9. 67.
[5] M. J. Nr. 205 v. 4. 9. 67.
[6] M. J. Nr. 254 v. 31. 10. 67.

delsvorteile wegen . . . die Selbständigkeit des Landes samt eines guten Stückes der sonst als „unveräußerlich" erklärten Kronrechte weggegeben und sich in Zoll- und Heeressachen unbedingt Preußen zu Füßen gelegt habe". Die Bourgeoisie gelte eben alles, der arbeitende Bürger und der meist zahlende Landmann aber gelte nichts in den Augen des liberalen Ministeriums und der fortschrittlichen Kammer. Warnend rief der Mitarbeiter aus: „Man sehe zu, was man erntet . . . Wir sind auf sehr schiefer Ebene — gegen Preußen zu. Der neue Zollvertrag mit Zubehör hat unseren Staatswagen stark zum Rollen gebracht. Wir sind jetzt Preußen 3. Klasse — ohne Widerrede, haben alle Nachteile des Preußentums ohne dessen Vorteile . . . Das Volk wird sehr bald begreifen, bei 50% Steuererhöhung begreifen müssen, daß es viel wohlfeiler ist wie einfacher und am Ende auch würdiger, Preußen 1. Klasse zu werden". Noch im Januar 1868 erregte er sich einmal darüber, daß nun die Ehre, Sicherheit, Selbständigkeit und der Wohlstand des Landes verloren seien und Bayern sich noch am „Militärfanatismus" verbluten werde [1].

Damals indessen war die im Juni und Juli erhoffte Wendung zu Gunsten der süddeutschen Gegner Preußens schon wirklich eingetreten. Die preußenfeindliche Stimmung im Volke vertiefte und verbreitete sich.

Für Napoleon bedeutete der halbe Erfolg in der Luxemburger Frage nicht, was er sich von ihr versprochen hatte. Er suchte sich deshalb Österreich zu nähern. Diesem Zwecke sollte eine Zusammenkunft zwischen ihm und dem österreichischen Monarchen dienen, welche im August 1867 stattfand. In Wien hielt man es bei der Reizbarkeit der deutschen Volksstimmung gegen Frankreich für rätlich, die Zusammenkunft als ganz harmlos hinzustellen und selbst auch dann noch dadurch zu bemänteln, daß man die Aufmerksamkeit von ihr auf ein angeblich russisch-preußisches Bündnis ablenkte, gegen das der demokratische Süden vielleicht nicht weniger empfindlich als gegen ein österreich-französisches Bündnis war. Deutlich spiegelt sich diese Taktik im K. B. wieder. Abmachungen mit preußenfeindlichen Tendenzen wurden dort in Abrede gestellt [2], die Schuld am Anschlusse Österreichs an Frank-

---

[1] M. J. Nr. 12 v. 14. 1. 68, Artikel —z— vom Lech.

[2] K. B. Nr. 35 v. 1. 9. 67, S. 278.

reich dem behaupteten russisch-preußischen Bündnis zugeschoben [1] und das Resultat der Konferenz übrigens mit großer Genugtuung aufgenommen [2]. Das M. J. meldete in einem Wien* gezeichneten, aber vermutlich in der Redaktion verfaßten Artikel, der Besuch Napoleons sei „lediglich" ein Condolenzbesuch. Wenn je dabei auch politische Fragen erörtert würden, so dürfe man davon überzeugt sein, daß Österreich nicht daran denke, jene „vermittelnde und ausgleichende Politik aufzugeben, die mit so großem Glück in der Luxemburger Frage beobachtet worden ist" [3]. Diese der Haltung des Blattes im Frühjahr schroff widersprechende Beurteilung der österreichischen Politik wurde dann noch durch einen Artikel aus Wien selbst unterstrichen. Man brauche nichts Böses zu fürchten, zumal Kaiser Franz Josef „nie vergessen und nie aufhören" werde „sich als deutscher Fürst zu fühlen und darnach zu handeln" [4]. Eine Berliner Korrespondenz [5] wandte sich einige Tage später dagegen, daß die preußischen Blätter sofort Mordio schrieen und die Zusammenkunft als „eine Konspiration zur Zerstörung des großen Werkes" bezeichneten. Das Gerücht von einer Zusammenkunft des Königs von Preußen mit Napoleon zu Coblenz hätten sie wenige Tage zuvor mit Freuden begrüßt. Ob etwa die „nationale Sache" bei einer russisch-preußischen Allianz weniger zu fürchten habe, als wenn der Kaiser von Österreich mit Napoleon zusammenkomme. Als aber die Zusammenkunft vorüber war, stellte der bekannte Mitarbeiter des Journals vom Lech offen fest, daß das süddeutsche Volk durch die Verständigung zwischen Frankreich und Österreich endlich wieder „Mut gefaßt und sich ermannt" habe und „nun" freibleiben wolle „vom Joche des militärischen und staatswirtschaftlichen Preußentums", da ihm jetzt die Möglichkeit geboten sei, sich eher wieder der Preußerei erwehren zu können [6]. Auch die Redaktion erklärte sich wohl [7] „recht befriedigt"

---

[1] K. V. Nr. 35 v. 1. 9. 67, S. 279.

[2] K. V. Nr. 35 v. 1. 9. 67, S. 278.

[3] M. J. Nr. 182 v. 7. 8. 67, Wien*.

[4] M. J. Nr. 184 v. 9. 8. 67, Wien H.

[5] M. J. Nr. 191 v. 18. 8. 67, Berlin *-|-*, vergl. auch Nr. 199 v. 28. 8 67, Berlin*. Das Sternzeichen läßt vermuten, daß der Verfasser der Berliner Korrespondenz in der Redaktion zu suchen ist.

[6] M. J. Nr. 222 v. 24. 9. 67 u. Nr. 234 v. 8. 10. 67, Leitartikel —z— vom Lech.

[7] M. J. Nr. 220 v. 22. 9. 67, Wien *. Ueber die vermutliche Verfasserschaft der Korrespondenz siehe Seite 17.

von den getroffenen Abmachungen. Österreich habe jetzt „wieder eine feste, verlässige und starke Allianz für den Bedürfnisfall zur Verfügung", und der Reichskanzler habe richtig gehandelt, wenn er seit seinem Amtsantritt all sein Sinnen und Trachten darauf gerichtet habe. Daß andere die Salzburger Vereinbarungen als eine Versündigung Österreichs an Deutschland bezeichneten, brauche die Deutsch-Österreicher wenig zu kümmern, es sei vielmehr erfreulich, daß der Kaiserstaat seit langer Zeit wieder einmal einen Staatsmann an der Spitze habe, der nur österreichische Politik treibe. Angesichts der Tatsache, daß „zwei miteinander verbündete Staaten" [1] die Absicht hätten, gleichzeitig über Österreich herzufallen, habe es „die Pflicht der Selbsterhaltung" geboten, „durchgreifende Vorkehrungen" zu treffen, deren hauptsächlichste und erste der Gewinn einer guten Allianz für den Bedürfnisfall sein müßte.

[1] Preußen und Rußland.

Lebenslauf

Ich, Josef Weber, bin am 6. Juli 1887 zu Gosheim (Württemberg) geboren, besuchte die Volksschulen zu Gosheim und Rottweil a. N., sowie das Gymnasium zu Rottweil, an dem ich mir im Sommer 1907 das Reifezeugnis erwarb. Vom Oktober 1907 bis Frühjahr 1911 studierte ich an der Königlichen Landes-Universität zu Tübingen a. N. Theologie, Geschichte, Philosophie und Staatswissenschaften. Am 1. Mai 1911 trat ich in die Dienste der Lebensversicherungsgesellschaft „Friedrich Wilhelm", deren Subdirektion I in Stuttgart ich zur praktischen Ausbildung überwiesen wurde. Mit dem 1. Juni 1913 wurde ich in die Organisationsleitung dieser Gesellschaft nach Frankfurt a. M. berufen, welchen Posten ich bis zu meiner militärischen Einberufung am Anfang des Weltkrieges begleitete. Im Frühjahr 1915 hatte ich die Ehre, auf dem südöstlichen Kriegsschauplatz für das Vaterland kämpfen zu dürfen, bis eine schwere Krankheit meine Dienstunbrauchbarkeit im Gefolge hatte. Vom Sommersemester 1916 bis Juli 1917 widmete ich mich an der Kaiser-Wilhelms-Universität zu Straßburg i. E. dann wieder geschichtlichen und philosophischen Studien.

Nicht unterlassen möchte ich es, meinen hochverehrten Lehrern, Herrn Professor Dr. H. Günter, Tübingen, der mich in das Geschichtsstudium einführte und mir die Anregung zu diesem Thema gab, und Herrn Professor Dr. Martin Spahn, Straßburg, der mir bei der Ausarbeitung des Themas stets hilfsbereit zur Seite stand, meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.